

# Stenographischer Bericht

## 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

I. Periode — 28. Dezember 1945

### Inhalt:

Eröffnung der 2. Sitzung durch den Präsidenten . . .	5
Tätigkeitsbericht der Prov. Landesregierung . . .	5
Wahl des Landeshauptmannes . . . . .	20
Wahl des 1. und 2. Landeshauptmannstellvertreters .	20
Wahl der sechs Regierungsmitglieder . . . . .	21
Regierungserklärung des neugewählten Landeshauptmannes . . . . .	21
Erklärungen der Sozialistischen und der Kommunistischen Landtagsfraktion . . . . .	25 u. 27
Konstituierung der Ausschüsse . . . . .	28

(Präsident Wallner eröffnet die Sitzung um 17 Uhr 35 Min.)

**Präsident:** Hohes Haus! Ich eröffne die 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und stelle gleichzeitig die Beschlußfähigkeit der heutigen Sitzung fest. Ich begrüße alle erschienenen Abgeordneten, insbesondere aber auch den Vertreter der Britischen Militärregierung, Herrn Oberstleutnant Boyd, sowie die übrigen Herren der Militärregierung.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen:

1. Der Tätigkeitsbericht der Provisorischen Landesregierung, erstattet vom Herrn Landeshauptmann Reinhard Machold;
2. die Wahl des Landeshauptmannes;
3. die Wahl des 1. und 2. Landeshauptmann-Stellvertreters;
4. die Wahl der übrigen Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung;
5. die Festsetzung der Ausschüsse des Landtages, der Zahl der in diese Ausschüsse zu entsendenden Mitglieder und deren Wahl.

Wenn gegen die Tagesordnung kein Einwand erhoben wird, schreite ich zu Punkt 1:

### Tätigkeitsbericht der Provisorischen Landesregierung, erstattet von Herrn Landeshauptmann Reinhard Machold.

Ich erteile Herrn Landeshauptmann Machold das Wort.

**Landeshauptmann Machold:** Meine Damen und Herren! Wenn ich dem Hohen Landtage heute namens der abtretenden Provisorischen Steirischen Landesregierung Bericht erstatte über die Tätigkeit in einer sehr schweren Zeit, so möchte ich diesem Tätigkeitsbericht ein paar kurze Bemerkungen vorausschicken:

Es ist in der Geschichte unseres Landes noch nicht dagewesen, daß Rechenschaft gegeben wurde über eine Zeit gleich derjenigen, in der die abtretende Landesregierung im Amte und am Werke war. Hundertfältig waren die Sorgen, Aufgaben und Pflichten der Regierungsfunktionäre, äußerst mühsam und beschwerlich war der Weg, den wir beschreiten mußten und ganz gering nur und unzulänglich war die Unterstützung und Hilfe, die sie, insbesondere in den ersten Monaten ihres Wirkens, seitens der Bevölkerung fand und finden konnte.

Wollte ich über alle Schwierigkeiten, die der Provisorischen Landesregierung das Arbeiten mitunter geradezu unmöglich machten, heute hier ausführlich berichten, ich glaube, ich würde reichlich viele Stunden hiezu benötigen. Ich müßte dabei vor allem den vielen Menschen in Stadt und Land, die jetzt unzufrieden sind und in dieser begreiflichen Unzufriedenheit vielfach eine ungerechte Kritik an der Gegenwart üben und die vorausgegangenen schweren Kriegszeiten schon vergessen zu haben scheinen, diese Tage wieder ins Gedächtnis zurückrufen. Ich müßte die Steirer beispielsweise erinnern an den Kuckucksruf im Radio, an die gefürchteten und beängstigenden Radioansagen: „Kampfverband im Anflug auf Steiermark“, an die furchtbaren Stunden der Bombenangriffe und an die die Nerven aller Menschen zermürbenden Aufenthalte in feuchten und völlig unzulänglichen Luftschutzkellern. Ich müßte speziell meine lieben Grazer erinnern an das Gelaufe, Rennen, Gedränge zum Schloßberg und an das Hocken im staubgeschwängerten Schloßbergstollen und an vieles andere mehr, was heute aus dem Gedächtnis der Menschen schon entschwunden zu sein scheint.

Solche Erörterungen, so zeitgerecht und angebracht sie vielfach auch wären, muß ich aber heute unterlassen, weil sie weit über den Rahmen der Berichterstattung hinausgehen und weil sie allzuviel Zeit erfordern würden.

Als wir am 8. Mai dieses Jahres die Regierung übernahmen, weil wir sie als pflichtbewußte Bürger unseres Landes übernehmen mußten, um die Gefahr einer völligen Auflösung jeglicher Ordnung und insbesondere die unmittelbar drohende Gefahr einer Stockung der Approvisionierung, die zur unvermeidlichen sofortigen Anarchie geführt hätte, abzuwehren, da, meine Damen und Herren, waren in unserer Landeshauptstadt Graz auf den Straßen und an allen Ecken und Enden Panzersperren eingebaut, da waren die öffentlichen Gebäude unterminiert, da

waren Züandschnüre an die vorbereiteten Minen unter den Brücken über die Mur gelegt, um sie und mit ihnen die Stadt samt ihrer Bevölkerung in die Luft zu sprengen. Von den Nationalsozialisten, deren Leitspruch, gleich allen Hasardeuren, offenbar der war: „Nach uns die Sündflut“, war uns überall, wo wir hinschauten, nur ein Trümmerfeld zurückgelassen worden.

Die Regierungsgeschäfte selbst konnten nur durch die selbstloseste Zusammenarbeit aller Mitglieder der Landesregierung und Unterstützung durch eine Reihe von verlässlichen, braven, pflichtgetreuen und arbeitssamen Beamten, Angestellten und Arbeitern bewältigt werden. Die ersten unserer Sorgen und Bemühungen galten der Sicherung der staatlichen Autorität im Lande und der Sicherung unserer Ernährung. Nach einem verlorenen Krieg, inmitten einer siegreichen Besatzungsarmee, war die Lösung dieser Probleme gewiß nicht leicht. Nur allmählich konnten wir ein Schwinden der Unruhe und Unsicherheit feststellen und nur allmählich konnten wir uns durchsetzen, nur mit äußerster Anstrengung und in ganz unzulänglichem Maße konnte unser Versorgungsapparat organisiert und überhaupt aufrechterhalten werden. Zugleich mußte aber auch der Verwaltungsapparat in Ordnung gebracht werden. Er war nicht da, nicht vorhanden. Laut der letzten Anweisung der geflüchteten Führer der Nationalsozialisten hatte sich bei uns in der Landeshauptmannschaft jede Amtsabteilung in sich selbst aufzulösen gehabt.

Drei Personen, die ich sofort berief, nachdem ich die Stelle eines Landeshauptmannes übernommen hatte, um auf den wichtigsten Gebieten mit der notwendigen Arbeit beginnen zu können, haben in der kritischen Zeit ganz Außerordentliches geleistet, und zwar:

1. habe ich den im Jahre 1938 von den Nationalsozialisten gemäßregelt und außer Dienst gestellten früheren Landesamtsdirektor Hofrat Doktor Koban sofort wieder in sein Amt eingesetzt. Er mußte die Verwaltung in Ordnung bringen und er hat sie in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder in Ordnung gebracht. Wenn ich in diesem Zusammenhang kurz darauf verweise, daß gleichzeitig die Säuberung der Ämter vom Nazismus vor sich gehen mußte und daß allein bei der Landeshauptmannschaft und bei den Bezirkshauptmannschaften bis nun rund 500 Nationalsozialisten aus dem Dienste entfernt worden sind, so können Sie sich einen Begriff darüber machen, wie schwer die Einrenkung des Verwaltungsapparates überhaupt gewesen ist.

Ich habe dann 2. den als Fachmann bekannten und bewährten Ökonomierat Ing. Schneiter berufen, um die Ernährungswirtschaft und den Aufbringungsapparat in Gang zu setzen. Gemeinsam mit dem zu seinem Stellvertreter bestimmten früheren Ackerbauschuldirektor Hornik — beide Herren waren gleichfalls von den Nationalsozialisten entfernt worden — ist auch dieses schwere Werk gelungen.

3. Mußte die Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie wieder aktionsfähig gemacht werden. Die

Berufung des Professors Dr. Taucher zum Präsidenten, die ich unverzüglich vornahm, hat diesen so wichtigen Faktor sehr rasch in den Dienst unserer Wirtschaft gestellt.

Ich glaube, meine Damen und Herren, nur eine Pflicht zu erfüllen, wenn ich diesen genannten Herren, aber auch allen anderen Beamten, Angestellten und Arbeitern, die bei der schweren Arbeit in schwerster Zeit mitgeholfen haben, an dieser Stelle für ihre im Interesse unseres Vaterlandes geleistete erfolgreiche Tätigkeit bestens danke. (Beifall.)

Was nun, hohes Haus, die Sicherung unserer Ernährung anlangt, so war sie natürlich besonders vorrangig, weil eine gesicherte Ernährung das Unterpfand für die Aufrechterhaltung der Ordnung war und ist. Mit dem Eintritt des Zerfalles der Landesbauernschaft nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes drohte der ganze schwindelhaft Bau der Ernährungswirtschaft zusammenzubrechen. Die zunehmende Spannung zwischen Vorrat und Bedarf an Nahrungsmitteln, Verkehrsstockungen und allgemeine Unsicherheit haben es wirklich nicht leicht gemacht, das Ernährungsproblem halbwegs zu meistern. Die Nationalsozialisten hatten die letzten Wochen vor Kriegsende und die letzten Wochen ihres Daseins in der Steiermark dazu benützt, um große Mengen an Getreide, an Mehl, an Reis und an Zucker vom Osten und Süden des Landes nach der nordwestlichen Steiermark — der von ihnen für sich auserkorenen Zufluchtstätte — zu verlagern; sie hatten den Ostgebieten unseres Landes viel Vieh und Nahrung entzogen, sie hatten Bahnstrecken zerstört und die vorhandenen Transportmittel aus dem Versorgungsbereich herausgezogen, indem sie Lokomotiven und Waggons sowie Lastautos mit auf ihren Fluchtweg nahmen. Vielfach wurden die verschleppten Vorräte unterwegs von abziehenden  $\frac{1}{2}$ -Horde waggonweise ausgeplündert und so sind große Mengen von Vorräten an Mehl, Reis und Zucker schon vor dem Zusammenbruch aus der schon ohnehin gespannten Versorgungswirtschaft verschwunden. Die großen Industriezentren, wie die Stadt Graz und die obersteirischen Industriegebiete, blieben damals ohne Vorräte, und so haben wir sie übernommen. Bis zum Kriegsende oblag die Versorgung der gesamten Bevölkerung der Landesbauernschaft, die sich mit ihren sämtlichen Dienststellen nach Zerstörung der meisten Unterlagen in die Obersteiermark geflüchtet hatte. An Stelle dieser nazistischen Landesbauernschaft trat nun wieder die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft mit ihren Bezirksdienststellen. Wie überall, hohes Haus, so hatte der Nationalsozialismus auch bei der Landesbauernschaft einen riesigen Verwaltungsapparat aufgezogen, in dem eine Menge von unentwegten Kämpfern für die als notwendig befundene Ausgestaltung unseres Lebensraumes untergeschlüpft und untergetaucht sind und sich durch Unentbehrlichkeit vom Einrücken drückten. Wir konnten den Angestelltenstand mit rund 1400 Personen feststellen. Durch Entlassung

der „Illegalen“, Kündigung der P.g. und durch sonstigen Abbau haben wir ihn zunächst auf 400 herabgesetzt.

Trotz aller Bemühungen, meine Damen und Herren, konnte der Ernährungsapparat infolge der Stockung des Verkehrs und der Unsicherheit nur sehr zögernd wieder in Gang gesetzt werden. Am Anfang unserer Tätigkeit ergaben sich auch durch die russische Besetzung naturgemäß immense Schwierigkeiten. Viele Soldaten im Lande zu haben, das war schon in Friedenszeiten nicht angenehm und immer ein störender Faktor in der Wirtschaft. Wie dann erst nach einem so verlorengegangenen Krieg! Aber, hohes Haus, bei der Kritik und Beurteilung dieser ersten Nachkriegszeit muß man sich jedoch gerechter Weise immer vor Augen halten, daß die bei uns eingezogenen Soldaten der Roten Armee die gleichen Soldaten waren, die mitgeholfen hatten, dem Nationalsozialismus und dem Faschismus ein Ende zu bereiten, und daß ihre Angehörigen und schließlich ihre Heimat und ihr ganzes Volk durch den deutschen Nationalsozialismus, mit dem gemeinsam Krieg zu führen wir Österreicher verdammt worden waren, ganz Furchtbares hatten ertragen müssen.

Die Reorganisation des Ernährungsdienstes, an der sowohl die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft als auch das der Landesregierung unterstellte und unter Herrn Landesrat Pirchegger stehende Ernährungsamt Teil hatten, ermöglichte es dann, später, nach mühseliger Arbeit und vornehmlich dank der Hilfe der Britischen Militärregierung, die Versorgung der Bevölkerung allmählich etwas günstiger zu gestalten. Schwierigkeiten ergaben sich auch durch die Rückkehr der Evakuierten. Die Oststeiermark sowie die südliche Steiermark waren von den Nationalsozialisten evakuiert worden, aber auch aus dem Gebiete von Graz waren Zehntausende, insbesondere Frauen und Kinder, vor den Bomben geflüchtet. Nach dem Einrücken der britischen Besatzungstruppen setzte ein Zurückfluten dieser Menschenmenge, die man auf hunderttausend schätzen kann, ein, wozu dann auch noch die zahlreichen Heimkehrer aus dem Kriege kamen. Auch sehr viele Nationalsozialisten, die sich beim Anmarsch der Roten Armee aus dem Staube gemacht hatten, schlossen sich dem Rückwanderungsstrom an, waren wieder in den Straßen der Stadt zu sehen und taten so, als ob nichts geschehen wäre.

Über die Ernährungslage im allgemeinen wäre folgendes zu sagen: Seit Kriegsende ist die Ernährung der Bevölkerung in den Städten und Industrieorten in Steiermark fast von Monat zu Monat schlechter geworden. Die Lebensmittelmengen, die in einer 4-Wochen-Periode an erwachsene Normalverbraucher verabfolgt werden, ergeben 1100 bis 1200 Kalorien, anstatt der in Friedenszeiten normal angenommenen 2500 bis 3000 Kalorien. Sie gehen also über Hungerrationen nicht viel hinaus. Eine ganze Vierwochenration kostet bei uns etwa 12 bis 13 S pro Kopf.

Im einzelnen wäre über die Ernährungssituation folgendes hervorzuheben:

In der Brot- und Meherversorgung gab es äußerst kritische Verhältnisse. Unmittelbar vor dem Einzug der Britischen Besatzungstruppen standen wir vor einer Brothungersnot. Die Brotversorgung in den Städten und Industrieorten unseres Landes war damals nur mehr für 5 Tage sichergestellt, und das nicht mit normalen sondern stark gekürzten Rationen. Alle bis dahin noch vorhandenen Vorräte waren aufgebraucht. Nur durch das rasche Eingreifen der Britischen Militärregierung konnte damals die sonst unvermeidliche Katastrophe hintangehalten und vermieden werden. Bereits am zweiten Tage nach dem Eintreffen der Britischen Besatzungstruppen langten die ersten Mehlsendungen in Graz ein. Bis Ende November sind rund 15.000 Tonnen Weizen, also 1500 Waggons, und 10.000 Tonnen Mehl, also 1000 Waggons, nach Steiermark durch die Britische Militärregierung angeliefert worden. Wir selbst konnten und können uns hier nicht selbst helfen. Steiermark war immer ein Zuschußgebiet an Brotgetreide. Es war es schon und wird es wahrscheinlich immer bleiben, was das Brotgetreide anbelangt. Es werden bei uns im Land nur rund 18.000 Tonnen Brotgetreide jährlich aufgebracht und das langt für ungefähr zwei Monate nach den jetzigen Rationen. Wir brauchen nämlich für eine vierwöchentliche Zuteilung rund 8000 Tonnen Getreide. Zudem haben wir zu unserem Unglück noch eine Unterermittelernte gehabt. Im oststeirischen Kriegsgebiet waren große Getreideflächen zerstört oder vermint, speziell durch die Besatzung war an Getreidefeldern großer Schaden angerichtet worden und zu alledem — kein Unglück kommt allein — war infolge Trockenheit Notreife eingetreten. Das über unsere Brot- und Meherversorgung.

Wenn ich über die Milchversorgung etwas sage, muß ich feststellen, daß diese in der Zeit der Tätigkeit der Provisorischen Landesregierung immer wieder große Schwierigkeiten bereitet hat. Mit Kriegsende war die Milchversorgung nach Graz geradezu vollkommen lahmgelegt. Damit Sie einen Überblick haben, was wir benötigen, möchte ich nur anführen, daß wir für die Kinder bis zu 6 Jahren, für die Krankenanstalten und für Kranke und ehemalige KZ.-Häftlinge sowie für werdende und stillende Mütter, also alle anderen Verbraucher ausgenommen, in Graz rund 17.000 Liter Milch pro Tag brauchen. In der ersten Zeit unserer Tätigkeit haben wir nicht einmal einige hundert Liter täglich nach Graz aufbringen können. Die Ursachen lagen vornehmlich in der allgemeinen Unsicherheit, am Mangel an Beförderungsmitteln und an allerhand Transportschwierigkeiten. Nicht zu übersehen ist dabei, daß früher für die Versorgung der Bevölkerung von Graz eine modernst eingerichtete Molkerei am Bahnhofgürtel zur Verfügung stand. Sie ist leider von Bomben zerstört worden und so muß der Milchhof Graz in einem Ausweichbetrieb in der Strauchergasse unter den notdürftigsten Verhält-

nissen seinen Betrieb aufrechterhalten. Trotzdem gelang es durch unsere Tätigkeit und durch das Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Faktoren, die tägliche Milchlieferung nach Graz bis zu einem zeitweisen Höchststand von 26.000 Litern täglich zu steigern.

Allerdings, seit November gibt es wieder Störungen in der Milchlieferung; dies ist vornehmlich auf die Futternot und die damit zusammenhängende Verfütterung mit strohreichen Winterfuttermitteln zurückzuführen. Auch darf nicht übersehen werden, daß wir durch die Kriegereignisse im Lande in unserem Rinderbestande 3800 Kühe weniger haben, als wir benötigen.

Die Fettversorgung der Bevölkerung von Steiermark kann derzeit überhaupt nur mit Hilfe der Britischen Militärregierung und in ganz unzulänglichen Rationen aufrechterhalten werden. Im Jahre 1944 haben die Nationalsozialisten einen schweren Eingriff in die Schweinebestände unseres Landes durchgeführt und die Verluste an Schweinen in der letzten Kriegs- und auch natürlich in der ersten Nachkriegszeit machen eine Versorgung der Bevölkerung mit Schweinefett geradezu unmöglich. So ist bei uns die Fettversorgung im Wesentlichen nur auf der Butter- und Ölbasis aufgebaut. Bei diesen Verhältnissen kann nur durch einen erhöhten Milch-anfall eine Verbesserung in der Fettversorgung erreicht werden. Wie schwer das ist, können Sie sich selbst vorstellen; es ist geradezu unmöglich bei den jetzigen Verhältnissen. Die Britische Militärregierung hat uns in dankenswerter Weise bis jetzt ausgeholfen. Sie hat uns 230 Tonnen, also 23 Waggons Schweinefett, 112 Tonnen, also 11 Waggons Pflanzenfett und 11 Tonnen Speiseöl zugeschoben.

Bei unserer Kartoffelversorgung kommt in Betracht, daß wir aus dem Teil des Burgenlandes, der früher zu uns gehörte, rund 20.000 Tonnen, also 2000 Waggons Kartoffel, erwarteten und bei unseren Berechnungen selbstverständlich auch einkalkulierten. Nun aber wissen wir, das brauche ich nicht besonders zu erwähnen, liegt das Burgenland nicht mehr im englischen Besatzungsgebiet, gehört nicht mehr in die Verwaltung von Steiermark, sondern in die russische Besatzungszone und so ist es ganz natürlich, daß diese sehr beträchtlichen Kartoffelmengen ausfallen und abzuschreiben sind.

Die Zuteilung von Zucker ist gleichfalls nur durch die Hilfe der Britischen Militärregierung möglich geworden. Das Land Steiermark kann sich unmöglich selbst mit Zucker versorgen, es hat kein eigenes Zuckeraufkommen und ist immer nur auf die Einfuhr von auswärts angewiesen gewesen. Der Bedarf für eine Vierwochen-Zuteilungs-Periode beträgt bei einem derzeit festgesetzten Rationssatz von nur 375 Gramm rund 410 Tonnen, also 41 Waggons. Ich möchte in diesem Zusammenhang feststellen, daß derzeit auf der ganzen Welt, nicht nur bei uns, ein großer Zuckermangel besteht.

Was die Fleischversorgung anlangt, so muß auch diese als völlig unzulänglich bezeichnet werden. Seit Monaten sind wir allerdings in der Lage, eine Ration

von 1 kg pro erwachsenem Normalverbraucher auszugeben. Diese Ration kann man mit einem Viertel der in normalen Zeiten angemessenen Fleischration bezeichnen. Seit Kriegsende bis Ende November wurden nach Graz rund 7570 Schlachtrinder, 970 Kälber und 40 Schweine, nach Leoben, dies ist ein weiteres Approvisionierungszentrum, 1360 Schlachtrinder, 470 Kälber und 95 Schweine, nach Bruck 1450 Schlachtrinder, 700 Kälber und 40 Schweine und nach Mürzzuschlag, dieses letzte Zentrum unserer Versorgung, 710 Schlachtrinder, 450 Kälber und 6 Schweine zugeschoben. Wir mußten aber auch in Bezirke, die früher Überschußgebiete bei der Fleischversorgung waren, wie z. B. Fürstenfeld und Feldbach, infolge der Kriegereignisse Schlachtrinder zuschieben.

Bei Behandlung dieser Frage muß überhaupt auch darauf hingewiesen werden, daß der Viehbestand in unserem Lande um rund 70.000 Rinder, 360.000 Schweine und 7000 Ziegen geringer geworden ist. Ein vielfach überalteter Viehbestand ist vorhanden und es fehlt an Nachwuchs. Ein entsprechender Ausgleich aus Obersteiermark sowie aus den westlichen Bundesländern stößt auf große Schwierigkeiten, teils aus finanziellen Gründen, teils weil niemand gegen Bezahlung etwas hergeben will und weil wir die geforderten Kompensationen nicht aufzubringen in der Lage sind.

Wegen der Winterfutternot ist auch im Frühjahr nicht mit genügend schlachtreifem Vieh zu rechnen und so hat die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft aus Kärnten und Obersteiermark vielfach Nutzvieh bezogen, man mußte es schlachten, auf Vorrat legen und einfrieren lassen, so daß wenigstens für die Zeit der Not, für ein bis eineinhalb Monate Fleisch für den Winter angesammelt ist.

Ich möchte, meine Damen und Herren, dieses so wichtige Kapitel der Ernährung der Bevölkerung nicht abschließen, ohne einen ernsten und dringenden Appell an unsere steirischen Bauern zu richten. Die Bauern müssen sich immer wieder vor Augen halten, daß sie in erster Linie für die Versorgung der städtischen und der Industriebevölkerung verantwortlich sind. Von ihren Leistungen und von ihrer Ablieferungspflicht und -willigkeit hängt in erster Linie die Lebenserhaltung der städtischen und Industriebevölkerung ab. Hunderttausend oft unter den schwierigsten Bedingungen arbeitende Menschen haben nur dann das zum Leben unbedingt Notwendige, wenn die Bauern ihre Pflicht restlos erfüllen. Die Britische Militärregierung hilft, wo sie und soweit sie helfen kann, in reichem Ausmaße, aber ich muß sagen, wir haben nur dann ein moralisches Recht, diese Hilfe zu beanspruchen und sie zu erbitten, wenn wir selbst unsere Anstrengungen verdoppeln und verdreifachen und wenn wir selbst alles tun, um uns aus eigener Kraft zu helfen.

Ein sehr schwieriges Problem bilden die Preise für die landwirtschaftlichen Nahrungsmittel. Sie sind schon während des Krieges von den Nationalsozialisten künstlich niedrig gehalten worden, eines der vielen Täuschungsmanöver des Nationalsozialis-

mus. Damit die Produktion nicht einschrumpft, hat das frühere Regime überall Staatszuschüsse und Stützungen aus Reichsmitteln gegeben. Die Nationalsozialisten haben sich das natürlich leisten können. Sie haben sich diese Art der leichtfertigen Wirtschaftsführung leicht erlauben können, weil sie ja die Banknotenpresse in der Hand hatten, die sie in Bewegung gesetzt haben. Sie haben sich keine Gedanken und kein besonderes Kopfzerbrechen über die Zukunft gemacht. Sie bauten alles auf den Sieg auf und haben damit gerechnet, daß die Besiegten die ganzen Kriegskosten aus ihren Mitteln zu bezahlen haben werden. Eine solche Staatsführung können wir nicht betreiben. Eine solide Staatsführung muß bestrebt sein, ein solches künstliches Preissystem zu beseitigen und durch die wirklich richtigen und notwendigen Preise zu ersetzen. Wir mußten also in dieser Richtung manches tun. So mußte beschlossen werden, bei der Milch, beim Geflügel, beim Öl, bei den Eiern, bei Kartoffeln und Honig und bei Mehl dadurch die Preise zu erhöhen, daß wir die eingeführten Preisstützungen abgebaut haben. Allerdings sind die sich daraus ergebenden Preiserhöhungen minimal, weil die Menschen davon wenig bekommen. Alle diese Lebensmittel machen für den erwachsenen Menschen in einer Vierwochenperiode ungefähr 1 S aus. Ich glaube auch nicht, daß durch diese notwendigen Maßnahmen, die nicht vermieden werden konnten, eine Bewegung im Lohngefüge ausgelöst werden wird. Um Ihnen, meine Damen und Herren, im allgemeinen die wirtschaftliche Bedeutung dieser Preispolitik zu veranschaulichen, möchte ich kurz anführen, daß bei uns in Steiermark die nazistischen Preisstützungsaktionen den Betrag von rund 40 Millionen Mark im Jahr ausmachten. Bei der Länderkonferenz in Wien haben sich alle Vertreter der Länder einmütig dafür ausgesprochen, daß diese Preisstützungen durch den Staat, die Länder oder Gemeinden, die jede Stabilisierung unseres Geldes verhindern und die naturgemäß mit der Zeit zu einer Inflation führen müßten, aufhören. Man muß sich der Tragweite aller Maßnahmen in dieser Preispolitik wohl bewußt sein. Bei uns in Steiermark sind über 40% aller Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Die Landwirtschaft ist ein sehr wichtiger Zweig der gesamten Volkswirtschaft. Wenn die Landwirtschaft gut und billig erzeugen kann, so wird sie sich den Absatz im Lande sichern und sich wirtschaftlich gesund erhalten. Die wirtschaftliche Gesunderhaltung und die Erhaltung der Kaufkraft der Landwirtschaft ist zweifellos eine Grundlage einer gesunden Preispolitik. Natürlich darf nicht eine einseitige Agrarpreispolitik auf Kosten der übrigen Bevölkerungsteile betrieben werden. Auf weitere Sicht gesehen, das sagen alle vernünftigen Landwirte selbst, dienen gerade niedrige Preise der Lebensmittel dem Bauernstand selbst am besten. Der Bauer hat dadurch einen sicheren und dauernden Absatz für seine Erzeugnisse. Er braucht dann später nicht die Konkurrenz und die Einführung billiger Lebensmittel aus dem Auslande zu fürchten

und in Wechselwirkung können dadurch auch die Preise für alle von ihm benötigten Bedarfsgüter, wie Maschinen, Werkzeuge usw. niedrig gehalten werden.

Nächst der Beschaffung von Nahrungsmitteln galt die besondere Sorge der Provisorischen Landesregierung den sogenannten Mangelwaren. Als Mangelwaren müssen wir leider nur allzuvielen Waren bezeichnen. Bei der Landeshauptmannschaft haben wir für diesen Zweck ein Landwirtschaftsamt eingerichtet und haben diesem Landwirtschaftsamt Bezirkswirtschaftsämter unterstellt und nachgeordnet. Im allgemeinen hat das Landwirtschaftsamt bei uns in Steiermark die Agenden des von den Nationalsozialisten eingerichteten ehemaligen Landwirtschaftsamtes Salzburg, natürlich nur für den Wirkungsbereich des Landes Steiermark übernommen. Es ist zuständig für die Versorgung der nichtgewerblichen Letztverbraucher, also von Einzelpersonen, Haushalten, Behörden und Anstalten, während die Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie für die Versorgung von Industrie und Handwerk mit den Artikeln, die diese brauchen und die durch sie verarbeitet werden, oder mit den Betriebsmitteln, die sie benötigen; die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft für alle landwirtschaftlichen Bedarfsartikel, die Bauwirtschaftsstelle für alle Baustoffe und endlich die Abteilung für Maschinenbau und Elektrotechnik des Landesbauamtes in Graz und die Fahrbereitschaftsleiter für Kraftfahrzeuge und deren Bestandteile, für Fahrräder, Petroleum und technische Öle usw. zuständig sind. Leider haben wir mit Rücksicht auf die Marktlage alles weiter staatlich bewirtschaften müssen, was schon bei Übernahme der Regierung durch uns staatlich bewirtschaftet war. Eine von der Britischen Militärregierung angeordnete Warenbestandsaufnahme hat die Grundlage für diese Bewirtschaftung geboten. Es handelt sich dabei um Spinnstoffe, Schuhe, Seife, Glas, Porzellan, Geschirr, Eisen, Papier, Elektroartikel, Holz und Kohle sowie Rauchwaren und Leder. Also eine große Auswahl an jenen Artikeln, die wir als Mangelware bezeichnen müssen.

Über alle diese brennenden Tagesfragen und Tagessorgen hinaus mußte aber auch alles getan werden, um eine der lebenswichtigsten Grundlagen nicht nur der steirischen, sondern der gesamt-österreichischen Wirtschaft, nämlich die Eisen- und Stahlindustrie, in Gang zu halten. In der ersten Zeit der Besetzung haben wir nicht gewußt, ob uns dieses schwere Werk gelingen wird. Wir haben zahllose Interventionen durchgeführt, damit die Beschlagnahme in einem Ausmaß erfolgt, daß sie unsere Industrie nicht zerschlägt und es ist uns das auch gelungen, nämlich, daß die Beschlagnahme über dieses Ausmaß hinaus unterblieben ist. Von den Rüstungsindustrien sind im Wege von Verhandlungen, die teils in Wien und teils in Steiermark geführt wurden, im wesentlichen die Maschinen beschlagnahmt worden, die nach dem Jahre 1938 bzw. nach Kriegseintritt von der Nazi-Regierung angeschafft worden sind. Dadurch allein ist die für uns geradezu ent-

scheidende Tat: Aufrechterhaltung des technischen Produktionsprozesses in seiner Aufeinanderfolge vom Erz bis zur Fertigware, ohne besondere Produktionslücke halbwegs gelungen. Wäre uns dies nicht gelungen, so gäbe es wohl überhaupt keine Möglichkeit, Eisenfabrikate herzustellen. Ich habe früher schon bemerkt, daß ich als Präsident für die Handels- und Gewerbekammer in Graz Herrn Professor Dr. T a u c h e r berufen habe. Ich muß wieder sagen, daß er sich bei allen diesen schwierigen Verhandlungen auf das allerbeste bewährt hat und daß er sich in dieser, gerade in dieser speziellen Lebensfrage für unser Land besondere Verdienste erworben hat.

Wenn ich über die Kohlenfrage kurz berichte, so könnte ich von zwei Phasen sprechen. Die erste Phase bildete die Zeit unter der russischen, die zweite Phase die unter der englischen Besetzung. Zur Zeit der russischen Besetzung waren die wichtigen weststeirischen Grubenreviere Karlschacht, Marienschacht und Piberstein in der englischen Zone bzw. im Niemandsland gelegen. Das war eine besondere Erschwernis für uns in der Kohlenproduktion und auch natürlich in der Kohlenversorgung, weil wir durch diese Demarkationslinie von unseren wichtigsten Kohlenvorkommen, von unseren wichtigsten Kohlenrevieren abgesperrt waren. Dazu ergaben sich bei uns bei Beschaffung von Sprengstoffen, Zündschnüren und Grubenholz ganz wesentliche Schwierigkeiten. Nur mit alleräußerster Anstrengung gelang es dazumal, den Bahnbetrieb im allerkleinsten, notwendigsten Umfang aufrecht zu erhalten und die damals kleinarbeitende Industrie zu versorgen. Auch haben wir damals schon unsere Pflicht, soweit wir es vermochten, dem Gesamtstaate gegenüber erfüllt und den Ankerbrotwerken nach Wien Kohle abgegeben. In der zweiten Phase, mit der englischen Besetzung, hat sich dieses Bild insofern zu unseren Gunsten geändert, als nunmehr die weststeirischen Schächte zur Gänze zur Versorgung zur Verfügung stehen. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, daß wir damit auch einen Nachbarconsumenten, Kärnten, dazu bekommen haben und später sind in immer steigendem Maße Wien und die Bundesbahnen in Erscheinung getreten.

In die größte Klemme kamen wir neben dem Kohlenmangel durch den desolaten Zustand unseres Verkehrs. Aus eigener Kraft waren wir und sind wir nicht in der Lage, auf diesem Gebiete allzuviel zu leisten. Durch die Kriegsfolgen und durch die Beschlagnahmen des größten Teils unseres Kraftwagenparkes sind hier unüberbrückbare Lücken geschaffen worden und sie konnten nur mit Unterstützung der Britischen Militärregierung geschlossen und überwunden werden. Heute kann man sagen, daß sich schon wieder ein beachtlicher Autobusverkehr und ein bescheidener Kraftwagenverkehr neben dem Eisenbahnverkehr entwickelt hat.

Um alle Wirtschaftskräfte möglichst produktiv zu gestalten, hat die Landesregierung der Gründung eines eigenen Landeswirtschaftsrates zugestimmt, dem unter Führung der zuständigen Landesräte —

neben einzelnen Experten, die herangezogen werden — die Handelskammer, die Landeswirtschaftskammer und der Gewerkschaftsbund angehören. Es wurde hiemit ein Forum geschaffen, auf dem vorrangige Wirtschaftsfragen für die Bearbeitung durch die Sachreferenten vorbereitet werden können, auf dem aber zugleich auch grundsätzliche Vorarbeiten für eine künftige steirische Planung im Rahmen einer österreichischen Gesamtplanung eingeleitet werden sollten. Das Büro des Landeswirtschaftsrates hat auch gewisse Durchführungsarbeiten zur Erledigung von der Britischen Militärregierung überwiesen bekommen.

Die wichtige Frage der Brennholzaufbringung für Graz — Hausbrandkohle kann nicht oder nur in ganz geringem und unzulänglichem Ausmaße in Betracht kommen — ist nur durch die Unterstützung der Britischen Militärregierung unter Zusammenarbeit mit dem Landeswirtschaftsrat möglich geworden. Von einer notwendigen Gesamtaufgabe von rund 350.000 fm für Graz sind bereits 95.000 fm angeliefert und 70.000 fm liegen transportbereit. Auch der Rest ist schon geschlägert, doch sind wir bei der Bringung des Holzvorrates auf die Hilfe des Schnees angewiesen. Im Auftrage der Britischen Militärregierung wurde bei der Handelskammer eine Winterplanung ausgearbeitet, die unter Rücksichtnahme auf die Kohlen- und Rohstofflage die Aufrechterhaltung der für Ernährung, Bekleidung, Energiewirtschaft und Bauwirtschaft unbedingt notwendigen Mindestproduktion sichern half. Wenn auch diese Produktion, meine Damen und Herren, insbesondere wegen der Kohlensituation nur in eingeschränktem Umfange läuft, so ist es doch durch diese Winterplanung gelungen, wenigstens das wesentliche unserer industriellen und gewerblichen Produktion aufrecht zu erhalten und es besteht die Hoffnung, daß wir über den ganzen Winter so schlecht und recht hinüberkommen werden. Die einschlägigen Arbeiten in der Handelskammer erfolgen in steter Fühlungnahme mit der Landeshauptmannschaft bzw. mit der Landesregierung. Berichten möchte ich auch, daß ein gemeinsames steirisch-kärntnerisches Büro geschaffen worden ist, das die wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser beiden in der englischen Zone liegenden Länder sichern soll. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß sich diese Zusammenarbeit außerordentlich bewährt hat und ich darf wohl dieser Hoffnung Ausdruck geben, auch in Zukunft noch bewähren wird. Im gegenseitigen Verkehr zwischen der Steiermark und Kärnten wirken sich derzeit hemmend in der Praxis nur mehr die durch die eigene Rohstoffknappheit bedingten Schwierigkeiten aus. Jeder andere Güteraustausch wird von beiden Seiten auf das Nachdrücklichste gefördert.

Ich habe bereits von der Wichtigkeit der Preispolitik gesprochen. Sie kann selbstverständlich nur dann aufrechterhalten werden, wenn auch die Preisüberwachung da ist und sich auswirkt. Im April d. J. war der Dienst der Preisbildungs- und Preisüberwachungsstelle nahezu eingeschlafen. Das hat sich

auch sofort in schwersten Auswüchsen im Wirtschaftsleben geltend gemacht. Preisüberschreitung, Schleich- und Schwarzhandel, Hamsterei waren in vollster Blüte. Ich mußte die Preisüberwachungsstelle sofort wieder reaktivieren, damit die Kaufkraft des Geldes, die gesamte Wirtschaft und Versorgung und hiemit die Sicherheit des Landes nicht noch mehr gefährdet wurde. In dieses Kapitel gehört auch die Erlassung des Preisstopgesetzes, die ich mit Datum vom 25. Mai 1945 nach dem Stande vom 8. Mai 1945 anordnete. Weiters gehört dazu die Reorganisation des Überwachungsdienstes bei den unteren und oberen Preisbehörden, wobei auch auf die Heranziehung der Gendarmerie nicht verzichtet werden konnte, die Wiedereinrichtung der Schätzstelle für Liegenschaften und Vereinfachungen im Preisstrafrecht durch die Wiedereinführung der bewährten österreichischen Verwaltungsverfahrensgesetze. Weiters gehören hieher auch preisbildende Maßnahmen, um geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen besonders in den Fällen Rechnung zu tragen, in denen die staatlichen Stützungen abgebaut werden mußten. Es ist vorgesehen, daß alle diese Maßnahmen in demokratischer Weise unter Beziehung der sonst beteiligten Stellen, wie Wirtschaftsverbände, Kammern, Gewerkschaften sowie natürlich auch der Militärregierung, deren Zustimmung wir bedürfen, getroffen werden. Bei der Preisüberwachung — und insbesondere bei leichteren Fällen — wird zunächst beratend, aufklärend und ermahmend vorgegangen. Meistens hilft das nicht. Es muß daher bei laufenden Preisüberschreitungen, beim Schwarzen Markt, Schleichhandel und Hamsterei energisch eingegriffen werden. Wir haben eine Reihe von großangelegten Razzien durch die Polizei durchführen lassen und so den Schwarzen Markt — wenigstens für die nächste Zeit — zerschlagen. Es ist gewiß für Sie von einigem Interesse, wenn ich anführe, daß die Polizei bei einer dieser Perlustrierungen eines der größten Ausländerlager Geldbeträge, Waren, Devisen usw. von ein bis zwei Millionen Reichsmark sichergestellt hat. In der Zeit vom 8. Mai bis Ende November wurden in 758 Straffällen Strafen im Gesamtbetrage von rund 350.000 Reichsmark verhängt, Übergewinne im Betrage von rund 330.000 *R.M.* eingezogen und Waren im Werte von rund 100.000 *R.M.* beschlagnahmt und für verfallen erklärt.

Gegenüber solchen für den Krankheitszustand der Wirtschaft infolge des Krieges bezeichnenden Erscheinungen sind aber doch schon allenthalben Symptome zu finden, die in der Richtung der Gesundung unserer Wirtschaft gelegen sind. Wenn auch der Wiederaufbau der Wirtschaft nur langsam und schrittweise erfolgen kann, so ist doch bereits jetzt schon ein stärkerer Andrang von Bewerbern um Gewerbeberechtigungen festzustellen. Es sind schon zahlreiche Ansuchen um Verleihung verschiedener gewerblicher Konzessionen, z. B. Gastgewerbe, Elektroinstallations-, Kraftfahrzeugmechaniker-, Buchhandelskonzessionen usw. anhängig. Auch auf dem Gebiete des Handels, des Handwerks, des

Wandergewerbes ist eine starke Belegung zu verzeichnen. Besonders zahlreich sind die Ansuchen um Verleihung von Berechtigungen zur Ausübung des Frächtergewerbes und des Personentransportes. Das gleiche gilt auf dem Gebiete des Marktwesens, wobei Ansuchen um Verleihung von Marktrechten und um Verlegung von Märkten in Betracht kommen.

Ich möchte nun ein sehr wichtiges Kapitel kurz behandeln, und zwar das Sicherheitswesen. Mit der Bildung der ersten Steiermärkischen Landesregierung wurde am 8. Mai auch gleichzeitig das Amt des Sicherheitsdirektors für Steiermark wieder geschaffen, welchem die ganze Exekutive, also Gendarmerie, Polizei und die Restverbände der ehemaligen Wehrmacht, unterstellt wurde. Es ist bekannt, daß wir zum Sicherheitsdirektor, gleichzeitig zum vorläufigen Polizeipräsidenten und Militärkommandanten für Steiermark mit einhelligem Beschluß der Landesregierung und unter Zustimmung aller demokratischen Parteien Hauptmann Alois Rosenwirth bestellt haben. Der Sicherheitsdirektor übernahm damals die Reste geschlagener, in sich zerfallener Wehrmachtsteile, ebenso desorganisierte und nazistisch durchseuchte Gendarmerie- und Polizeiabteilungen. Noch am Tage der Übernahme des Amtes wurden durch den Sicherheitsdirektor neue Kommandanten der Exekutivteile bestellt, um mit diesen sofort die Neuorganisation der Exekutive im Heimatlande nach demokratischen Grundsätzen und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in Angriff zu nehmen. Im Radioaufruf am Abend des 1. Mai 1945 habe ich die Bevölkerung in einer Ansprache aufgefordert, mit uns gemeinsam an das schwere Werk zu schreiten. Nach mir hat damals der Sicherheitsdirektor die gesamte Bevölkerung und vor allem alle demokratischen Exekutivorgane Steiermarks aufgefordert, Ruhe und Disziplin zu halten, nach sofort ergangenen Weisungen Ordnung und Sicherheit herzustellen und mit diesbezüglichen Maßnahmen einzusetzen, um mit diesen die Voraussetzungen zum Wiederaufbau — und eine Entwicklung, eine ruhige Entwicklung braucht zur Voraussetzung unbedingt eine Sicherheit — unseres so schwer geprüften Landes herzustellen.

Noch in der Nacht vom 8. auf 9. Mai führte der Sicherheitsdirektor mit Offizieren seines Stabes und einer neu aufgestellten Polizeiabteilung die Spitzen der russischen Besatzungsarmeen ohne den geringsten Zwischenfall von der Ries auf den Grazer Hauptplatz und bequartierte sie und dann hat sich die Besetzung unseres Landes rasch und unter verhältnismäßiger Ruhe vollzogen.

Sofort setzten über Auftrag und im Einvernehmen mit der Roten Armee alle Maßnahmen ein, um die Exekutivgewalt des Landes für ihre Aufgaben aufzubauen. Die gesamten Einheiten der Deutschen Wehrmacht wurden aufgelöst, die Angehörigen derselben durch die sofort aufgestellten Demobilisierungsämter abgefertigt. Außer der Demobilisierungsabteilung mit 16 Demobilisierungsämtern in Steiermark und 2 Heimkehrer-Übernahmstellen wurde eine kleine, führende Militärabteilung und eine

Liquidierungsabteilung aufgestellt. Kein neu eingeteilter Offizier, Beamter, Unteroffizier und Soldat durfte Mitglied der NSDAP sein. Sie waren zumeist Gemaßregelte oder demokratisch eingestellte Österreicher. Für alle in den Jahren 1934 bis 1938 gemaßregelten 30 österreichischen Wehrmachtsangehörigen wurden Rehabilitierungsanträge gestellt und der größte Teil ist in Dienst gestellt worden. Über 70.000 steirische Heimkehrer wurden bisher abgerüstet, über 32.000 steirische Heimkehrer sind noch abzufertigen; dazu kommen noch 75.000 steirische Heimkehrer, welche sich derzeit noch in Kriegsgefangenschaft oder Heimkehrerlagern außerhalb Steiermarks befinden und hoffentlich demnächst in ihre Heimat zurückkommen. Durch die Liquidierungsstelle wurde das gesamte in Steiermark befindliche ehemalige österreichische und deutsche Heeresgut erfaßt und gesichert und den Besatzungsmächten ordnungsgemäß übergeben oder von diesen zum Wiederaufbau des Landes zur Verfügung gestellt.

In der Polizei und Gendarmerie Steiermarks wurden einerseits alle nazistisch eingestellten Offiziere und Beamten ihres Dienstes enthoben, andererseits alle in den Jahren 1934 bis 1938 gemaßregelten österreichischen Offiziere und Beamten sowie einwandfreie demokratische Staatsbürger als Beamtenanwärter zur Auffüllung des notwendigen Standes aufgenommen. Hierzu kam noch eine große Anzahl von Angehörigen der Widerstandsbewegung der drei demokratischen Parteien, die sich für die Zwecke der Exekutive freiwillig und ohne Bezahlung bei allen Dienststellen zur Verfügung gestellt hatten. Nur durch dieses Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte des Landes war es möglich, die ungeheure Arbeitsleistung auf diesem Gebiete zu schaffen, um unser Land ohne weiteres Blutvergießen aus diesen ersten schlimmen Nachkriegsmonaten herauszuführen.

Bisher wurden aus der Polizei Graz wegen ihrer nazistischen Vergehen und Einstellung 462 Beamte entfernt; sie sind fristlos entlassen worden. Davon haben wir 64 in Haft gesetzt, 25 wurden ohne Gebühren von ihrem Dienst enthoben. Dagegen sind 26 gemaßregelte Beamte und 378 Polizeianwärter wieder eingestellt bzw. neu aufgenommen worden, sodaß der ganze Personalstand derzeit 5 Offiziere, über 1000 Beamte, 127 Angestellte und Lohnempfänger beträgt.

Bei der Gendarmerie in Steiermark ergibt sich folgendes Bild: 420 Beamte sind fristlos entlassen worden, davon befinden sich 13 in Haft, 27 sind ohne Gebühren vom Dienst enthoben worden, 37 gemaßregelte Beamte sind wieder eingestellt, 523 Gendarmerieanwärter mußten aufgenommen werden.

Der gegenwärtige Personalstand beträgt 12 Offiziere, 1282 Beamte, 1 Angestellten und 6 sonstige Lohnempfänger.

Während dieser Zeit der personellen Veränderungen wurde nicht nur der gesamte Sicherheitsdienst weitergeführt, sondern auch der organisa-

torische Aufbau nach altem österreichischem Recht, die Schulung und die Sachausrüstung in Angriff genommen. Die englische Besatzungsmacht und Militärregierung hat hier wesentlichen Anteil, vor allem durch organisatorische und personelle Anordnungen, Beistellung der Uniformierung und Bewaffnung, des Autoparks, der Pferde für die berittene Polizei und deren Aufstellung, der Zulassung von Schulen der Polizei- und Gendarmerieanwärter, der Aufstellung der Polizeimusik und vieles andere mehr.

Die Kriminalpolizei mit der staatspolizeilichen Abteilung mußte ebenso organisatorisch genau aus- und aufgebaut werden. Heute ist die Kriminalität innerhalb der einheimischen Bevölkerung nur auf mehr oder minder Einzelfälle beschränkt. In der Aufklärung und Inhaftierung bei kriminellen und politischen Kriegsverbrechen während der Nazizeit wurde unendlich viel geleistet. Zirka 350 Verbrecher stehen vor ihrer Aburteilung.

Die staatspolizeiliche Abteilung hat in der Liquidierung des Nazisystems mit den zuständigen Stellen der Sicherheitsexekutive Hervorragendes geleistet und nach den Weisungen des Sicherheitsdirektors im Einvernehmen mit den drei demokratischen Parteien zur Zeit der russischen Besatzung 322 Kriegsverbrecher dingfest gemacht, 1941 Illegale aus den Arbeitslagern zu ständiger öffentlicher Arbeit verhalten und auch einfache Parteimitglieder zeitweilig zu öffentlichen Arbeiten herangezogen. Mit der Besetzung durch die englische Militärregierung sind allerdings diese Agenden der politischen Polizei auf die englische Militärregierung übergegangen.

Die Verwaltungspolizei hatte vor allem die Registrierungen der Reichsdeutschen, der Ausländer, deren Unterbringung und dergleichen zu bewältigen und ergibt sich hier, das ist nicht uninteressant, daß sich derzeit noch über 33.000 Volksdeutsche, über 78.000 Ausländer, wovon über 16.000 in Lagern untergebracht sind, und über 10.000 Reichsdeutsche in Steiermark befinden.

Insbesondere aber wurden auf dem Gebiete der Preisfesthaltung, der Bekämpfung des Schleich- und Schwarzhandels — wie bereits ausgeführt — wesentliche Erfolge im Interesse unserer gesamten Wirtschaft durch tatkräftiges Einschreiten unserer Polizei erzielt.

Daß diese vielgestaltige Arbeit im Sicherheitsdienst im Interesse unseres wirtschaftlichen Aufbaues, der Liquidierung des Nazifaschismus und des Wiederaufbaues einer steirischen Exekutive geleistet werden konnte, verdanken wir vor allem den Besatzungsmächten, denen hierfür besonderer Dank gebührt, aber auch allen österreichischen Beamten und Offizieren der Exekutive, die ihre Kraft für unsere geliebte Steiermärk Tag und Nacht eingesetzt haben.

Noch steht uns eine große Aufgabe und eine sehr intensive Arbeit bevor, um den Aufbau einer demokratischen, allen Anforderungen gewachsenen, dem ganzen Volke dienenden Exekutive zu

vollenden. Aber, meine Damen und Herren, bei konsequenter Fortführung der seit einigen Monaten begonnenen Aufbauarbeit in bisher bewiesenem Geiste und mit dem bisher gezeigten Arbeitswillen Aller kann an dem endgültigen und vollen Gelingen kein Zweifel bestehen. Der Wille ist da, meine Damen und Herren, der Aufbau wird vollendet werden, der Aufbau einer von wahrhaft demokratischem Geiste erfüllten, auch fachlich vorbildlichen Exekutive.

Über das Landesarbeitsamt Steiermark, das auch ein sehr schwieriges und ein einer sehr heftigen Kritik unterzogenes Kapitel in sich birgt, ist folgendes zu berichten; zuerst im allgemeinen:

Durch die Kriegsereignisse bedingt, machen sich Betriebsverlagerungen, die Flucht aus den frontnahen Gebieten, für den Arbeitseinsatz sehr unangenehm bemerkbar. Durch das Näherkommen der Front und durch die Besetzung des größten Teiles der Steiermark durch die Rote Armee hörte nahezu jede geregelte Tätigkeit des Arbeitsamtes auf. Es haben sich einige Ortsarbeitsämter gebildet, die ohne die nötige Sachkenntnis und Erfahrung den an sie herangetragenen Forderungen lediglich durch Improvisation nachkamen. Das Landesarbeitsamt war durch die Flucht der leitenden Beamten vollkommen ausgeschaltet. Postverbindungen zu den einzelnen Ämtern bestanden keine, die von der Wiener Provisorischen Staatsregierung erlassenen Gesetze gelangten nur teilweise zur Kenntnis der Arbeitsämter, so daß hier ein Durcheinander, ein nur vollkommen unregelmäßiges Arbeiten die einzige Möglichkeit war. Mit der Übernahme der Verwaltung bzw. der Besetzung durch die britische Armee, änderte sich das Bild. Die Militärregierung hat vom Arbeitsamt ein planvoll gelenktes Arbeiten gefordert. Hemmend stand aber dieser nunmehr einsetzenden Tätigkeit die Nichtanerkennung der Provisorischen Staatsregierung und damit auch die Nichtanerkennung der von ihr erlassenen Gesetze entgegen. Eine wesentliche Erschwerung für die Tätigkeit der Arbeitsämter ist die große Arbeitsunlust, die schlechte Arbeitsmoral und, ich kann wohl ruhig sagen, das Vorhandensein von allzuviel Bargeld. Diese Erscheinung ist natürlich nicht auf Steiermark beschränkt. Sie ist nicht nur in Österreich, sondern wohl auch in ganz Europa zu beobachten. Das, meine Damen und Herren, ist mit eine Ursache, weshalb die bestimmten großen Anstrengungen, die die Arbeitsämter machten, und die zweifelsohne nicht geringen Leistungen, die damit erzielt wurden, in der Öffentlichkeit nicht im richtigen Lichte erscheinen und mit richtigem Maßstab gemessen werden. Geforderte Arbeitskräfte werden vom Arbeitsamt meist zugewiesen, die Arbeitsaufnahme der Zugewiesenen findet aber in vielen Fällen aus diesem oder jenem Grunde nicht statt. In sämtlichen Wirtschaftszweigen fehlt es an kräftigen und ungelerten Arbeitern. Die meisten zur Zeit nicht einsatzfähigen Männer können für diese dringend notwendige Hilfsarbeit nicht zugewiesen werden, da von ihnen mit Rücksicht auf die jahrelange mindere Ernährung

körperlich schwere Arbeit nicht verlangt werden kann.

Bezüglich der Arbeiten, zu denen die Nationalsozialisten herangezogen worden sind, bemerke ich folgendes:

Die registrierungspflichtigen Nationalsozialisten wurden in Steiermark verschiedentlich behandelt und eingesetzt. Genauere Unterlagen darüber liegen lediglich aus Graz vor. In Graz waren 1. die schwerer belasteten Nationalsozialisten in der Industriehalle inhaftiert und wurden von dort aus zu den verschiedensten Arbeiten unter Mithilfe des Arbeitsamtes herangezogen. Hierbei wurden insgesamt rund 36.000 Tagewerke geleistet, davon rund 7260 für die Besatzungstruppen und rund 28.700 Tagewerke für den zivilen Bedarf.

2. Lediglich registrierungspflichtige Nationalsozialisten hatten, gleichgültig ob sie in Arbeit standen oder nicht, einige Tage wöchentlich zu arbeiten. Hierbei wurden insgesamt rund 23.200 Tagewerke abgeleistet, davon rund 5300 für die Besatzungstruppen und rund 17.900 für den zivilen Sektor.

Ich muß aber auch noch einiges über die Erntetotdienstaktion sagen. Zur Sicherung der Ernteeinbringung mußte seitens des Landesarbeitsamtes gleichfalls eine mehr oder minder improvisierte Lösung geschaffen werden. So wurden aus Betrieben in Arbeit stehende Arbeitskräfte abgezogen und in der Ost- und Weststeiermark eingesetzt. Diesen wurde eine Lebensmittelprämie zugesichert. Sie wird in diesem Monat auch zur Verteilung gelangen. Auf diesem Wege wurden insgesamt rund 1200 Arbeitskräfte kurzfristig in die Landwirtschaft eingesetzt.

Gesondert nach den einzelnen wichtigsten Wirtschaftszweigen gebe ich nachstehenden Bericht: Landwirtschaft.

In der Landwirtschaft ist in Steiermark noch ein sehr großer Bedarf an Arbeitskräften feststellbar. Die Ursachen sind vor allem darin gelegen, daß ein Großteil der in der Landwirtschaft eingesetzten Ausländer abgewandert ist bzw. in die Heimat zurückgeführt wurde. Ferner sind noch viele Soldaten ausständig, deren Arbeitskraft fehlt. Durch die kriegsbedingten Ereignisse sind die bäuerlichen Betriebe stark heruntergekommen, so daß sie zusätzliche Arbeitskräfte benötigen, um ihre Betriebe wieder zur normalen Leistungshöhe zu bringen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt fehlen nicht so sehr Arbeitskräfte überhaupt, als vielmehr gelerntes Fachpersonal in der Landwirtschaft. Die Stellung dieses Personals ist den Arbeitsämtern derzeit unmöglich.

Über den Bergbau möchte ich sagen, daß durch das Wegfallen der deutschen und tschechischen Kohlen die steirische Kohlenindustrie vordringlich mit Arbeitskräften versehen werden muß, um die so wichtige Kohle zu beschaffen. Teilweise durch Einsatz von Kriegsgefangenen, in der Hauptsache aber durch betriebliche Umsetzungen und Dienstverpflichtungen im überbezirklichen Ausgleich war es möglich geworden, den Bedarf der Kohlenreviere

bereits mit Ende November restlos zu decken. In diesem Wirtschaftszweig sind also derzeit keine Anforderungen an Arbeitskräften vorliegend.

In der Metallindustrie ist zufolge des Stillstandes des größten Teiles der steirischen Metallindustrie eigentlich niemals ein nennenswerter Mangel an Arbeitskräften eingetreten. Schwierigkeiten bereitete jedoch immer die Abdeckung der Forderungen der Britischen Armee für deren Werkstätten. Diese Forderungen konnten bis jetzt niemals restlos erfüllt werden.

Was die Bauindustrie anbelangt, möchte ich folgendes sagen: Die Bombengebiete der Steiermark, insbesondere Graz, Knittelfeld, Zeltweg und die durch die unmittelbaren Kriegseinwirkungen schwer geschädigte Oststeiermark sind jene Teile, die auch bis heute noch nicht mit den erforderlichen Arbeitskräften versehen werden konnten. Die Ursache liegt einesteils darin, daß ein Großteil der Facharbeiter immer schon aus dem Burgenlande stammte, das für uns verloren ist. Der Zuzug von diesen Arbeitskräften ist aber infolge der Demarkationslinien derzeit nicht möglich. Eine weitere Ursache dafür, daß die Arbeitskräfte noch nicht gestellt werden konnten, liegt teilweise an der mangelnden Konzentration der Baufirmen selbst.

Ich möchte dieses Kapitel abschließen und zusammenfassend folgendes feststellen:

Die Arbeitsämter sind ihren Verpflichtungen auch in der so schwierigen Nachkriegszeit nachgekommen. Die straffere Organisation, die erst mit dem Funktionieren des allgemeinen Verkehrs einsetzen konnte, die planmäßige Führung und Lenkung des Einsatzes zeitigte zweifelsohne bereits gute Ergebnisse. Daß dies in der Öffentlichkeit nicht immer erkannt oder gewürdigt wird, liegt vielfach in einer Verkennung unserer inneren Lage und der immensen Schwierigkeiten, mit denen die Ämter zu kämpfen haben, und von diesen Schwierigkeiten habe ich in meinem Bericht nur einige wenige anführen können.

Einen besonderen Arbeitsumfang, das ist ein Kapitel von allgemeinem Interesse, hat die Bearbeitung der mit der Bestellung von öffentlichen Verwaltungen zusammenhängenden Angelegenheiten angenommen. Es handelt sich da, das muß ich gleich vorweg sagen, um eine Übergangsmaßnahme. Dieses ganze Kapitel ist noch nicht endgültig geregelt. Diese Übergangsmaßnahmen sind teils aus politischen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen unvermeidlich gewesen. Auf dem Sektor der Einsetzung von öffentlichen Verwaltern haben wir so manches im Laufe unserer Tätigkeit erlebt. In der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch gab es eine große Anzahl von ganz verwaisten gewerblichen und industriellen Betrieben. Die Inhaber oder Besitzer — zum großen Teil vielfach Nationalsozialisten — hatten sich beim Einmarsch der Roten Armee begreiflicherweise aus dem Staube gemacht. In Anbetracht der gegebenen Umstände hat also die Landesregierung rasch handeln müssen und wir haben alle Maßnahmen sozusagen im Schnellverfahren durchgeführt, da diese Betriebe nicht ver-

waist bleiben durften. Es hat sich um gewerbliche, industrielle und auch landwirtschaftliche Betriebe gehandelt. Es sind bei diesem Schnellverfahren eine Reihe von Irrtümern und Fehlbestellungen verfügt worden, die natürlich nachträglich korrigiert wurden, und zwar deshalb, weil wir in der Auswahl geeigneter Personen sehr beschränkt waren und mit den Entscheidungen nicht zuwarten konnten. Wir mußten im Drange der Verhältnisse arbeiten und Entscheidungen fällen. Seit Juni wurde aber wieder ein einigermaßen geordnetes und dann später ein ganz geordnetes genaues Verfahren festgelegt. Dieses von uns festgelegte Verfahren hat später die Grundlage gebildet von Richtlinien, die die Britische Militärregierung am 30. August erlassen hat und nach welchen Richtlinien wir uns alle gehalten haben. Dieses Verfahren besteht im wesentlichen darin, daß durch polizeiliche Erhebungen, politische Erhebungen und Einholung der Stellungnahme der Handels- und Gewerbekammer und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes festgestellt wird, ob die Voraussetzungen für die Bestellung einer öffentlichen Verwaltung gegeben sind und welche Person für diese Bestellung in politischer und fachlicher Hinsicht geeignet ist und Vertrauen genießt. Eine Kommission, bei welcher der landesrätliche Gewerbereferent den Vorsitz führt und in der je ein Vertreter der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes unter Beiziehung des beamteten Referenten der Gewerbeabteilung der Landeshauptmannschaft als Mitglieder fungieren, arbeiteten Anträge aus, nach welchen ich als Landeshauptmann zu entscheiden hatte. Die Bestätigung der Britischen Militärregierung ist bei diesen Bestellungen vorgesehen und notwendig und auch im Falle der Abberufung von öffentlichen Verwaltern einzuholen. Auf diesem Gebiete ergibt sich eine ganz exorbitante Arbeit. Drei Viertel des Arbeitsumfanges der Gewerbeabteilung der Landeshauptmannschaft gehen auf dieses Konto. 5 Sachbearbeiter, 1 Protokollführer und 3 Schreibkräfte sind hier ständig und vollauf beschäftigt. Es ist das Unglück, daß wir dieselbe Arbeit gewöhnlich doppelt machen müssen, denn in 80 von 100 Fällen wurde Einspruch erhoben. Das hat zur Folge gehabt, daß wir ein neuerliches Erhebungsverfahren durchführen und einen neuerlichen Kommissionsbeschluß einholen mußten, uns also neuerlich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hatten. Bis Anfang November haben wir, in runden Ziffern angegeben, 350 öffentliche Verwalter eingesetzt und 150 Gesuche um Absetzung öffentlicher Verwalter erledigt. 340 Anträge auf Bestellung eines öffentlichen Verwalters sind noch nicht abgeschlossen, desgleichen 40 Widersprüche von den betreffenden Gewerbeberechtigten gegen die Einsetzung. Die Mitglieder des Hohen Landtages können aus diesen wenigen Ziffern ermessen, was für eine Unsumme von Arbeit allein auf diesem Gebiet aufgewendet werden muß. Nicht wenige der eingesetzten öffentlichen Verwalter geben sich dem falschen Glauben hin und sie tun auch so, als ob

der ihnen zur Verwaltung zugewiesene Betrieb ihr Eigentum ist oder ihr Eigentum werden wird. Gegenüber dieser ganz falschen Auffassung habe ich immer und immer wieder bei jeder Gelegenheit festgestellt und tue ich dies auch heute wieder im Hohen Hause mit allem Nachdruck daß davon keine Rede sein kann. Die öffentlichen Verwalter sind lediglich Treuhänder des Staates bis zu dem Zeitpunkt, wo eine endgültige Regelung getroffen werden wird. Über 40 öffentliche Verwalter mußten aus verschiedenen Gründen wieder abgesetzt werden, einige waren unfähig, einige hatten andere unangenehme Eigenschaften und einige von ihnen werden sich wegen ihrer unlauteren Tätigkeit vor Gericht zu verantworten haben. Damit möchte ich das Kapitel über die Behandlung dringlicher wirtschaftlicher Fragen durch die abtretende Provisorische Landesregierung abschließen und ich möchte zur nächsten großen Sorge der Landesregierung, der Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung, übergeben.

Die Gesundheitsämter bei den Bezirkshauptmannschaften waren besonders in den östlichen Landesteilen durch die Kriegereignisse hart in Mitleidenschaft gezogen, sie hatten wertvolle Einrichtungsgegenstände und wichtige Transportmittel verloren. Der Dienstbetrieb konnte jedoch überall wieder durch einsatzfreudiges Personal aufgenommen werden und es wurden sowohl in den Aufgaben des Gesundheitsschutzes als auch in der Gesundheitsfürsorge beachtliche Erfolge erzielt.

Vor allem wichtig wurde die Seuchenbekämpfung. Beim Kriegsende waren rund 300 Fleckfieberfälle entlang der Ostgrenze aufgetreten. Weitere Ausbrüche von Fleckfieber ereigneten sich in drei Strafanstalten und im Oktober kamen neuerlich 50 Fleckfieberfälle vor, die größtenteils aus Jugoslawien eingeschleppt worden waren. Es konnten jedoch alle diese auftretenden Fälle rasch erfaßt und saniert werden, so daß man sagen kann, daß die drohende Fleckfieberepidemie derzeit behoben erscheint. Bei ihrer Bekämpfung bewährte sich ein von der Britischen Militärregierung beigestelltes neuartiges Entlausungspuder auf das beste. Gegen das Vorjahr mit 182 Fleckfieberfällen mußten bisher im Jahre 1945 485 Fälle erfaßt und der Behandlung zugeführt werden.

Während der Sommermonate haben die Erkrankungen an Typhus und Paratyphus überhand genommen. Es handelt sich zumeist um Einschleppungen durch Flüchtlinge, Heimkehrer und auch Reisende aus einem ausgebreiteten Epidemiegebiet in einem Nachbarland. Auch hier konnten jedoch alle gemeldeten Fälle rasch erfaßt und saniert werden. Während im Jahre 1944 148 Typhus- und 171 Paratyphusfälle gemeldet wurden, stieg die Zahl bis jetzt im Jahre 1945 auf rund 500 Typhus- und 630 Paratyphusfälle an. Es ist erfreulich, daß die Erkrankungen an Scharlach und Diphtherie trotz ungünstiger Lebensverhältnisse hinter dem Durchschnitt früherer Jahre zurückgeblieben sind,

was den anhaltend durchgeführten Schutzimpfungen bei bisher mehr als 200.000 Kindern zugeschrieben werden darf.

Alles in allem kann jedoch der jetzige Krankenstand mit rund 11% der arbeitenden Bevölkerung als höchst ungünstig bezeichnet werden. Die Ursachen dieses übermäßig hohen Krankenstandes sind verschieden. In erster Linie muß auf den sehr schlechten Ernährungszustand hingewiesen werden. Es ist Tatsache, daß Gewichtsunterschiede von 10 kg an der Tagesordnung sind. Das sind, vom Standpunkt des Arztes aus gesehen, Grenzfälle, höhere Gewichtsunterschiede sind aber für den schwer Arbeitenden durch längere Zeit ohne ernste Gesundheitsstörungen nicht tragbar. Leider sind aber, meine Damen und Herren, Gewichtsunterschiede bis zu 20 kg keine Seltenheit. Es ist klar, daß solche Menschen einfach nicht in der Lage sind, ihrer Arbeit auf die Dauer nachzugehen. Jedenfalls ist der schlechte Ernährungszustand eine schwere Gefahr bei hinzutretenden anderen Erkrankungen, da die Widerstandskraft des Körpers zeitweilig geschwächt ist und dann der volle Zusammenbruch droht. Für den hohen Krankenstand ist weiters eine Überalterung der Arbeitenden von großem Nachteil. Arbeiten doch vielfach auch Männer über 70 Jahren in Betrieben. Und warum arbeiten sie? In erster Linie nur deshalb, damit sie die Schwerarbeiterkarten nicht verlieren. Einen nicht unbedeutenden Teil des Krankenstandes machen nach vertrauensärztlichen Berichten auch die Rückkehrer von der Front und den KZ.-Lagern aus; sie sind sehr häufig über die vorgeschriebene Zeit hinaus, Wochen und Monate im Krankenstand und man kann eigentlich einen objektiven Krankheitsbefund, besondere Krankheitserscheinungen nicht feststellen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die schweren Kriegsjahre mit dem verstärkten Arbeitseinsatz auch der älteren Menschen und die schwere seelische Belastung überhaupt bei allen Menschen ganz wesentliche Anforderungen an den Organismus gestellt haben. Die Ausfallserscheinungen werden nun in erhöhtem Ausmaß auftreten, wenn durch Krankheiten, besonders Grippe, zusätzliche Anforderungen an einen geschwächten Organismus gestellt werden. Die Folgen dürften dann wohl ziemlich verheerend auch für die Wirtschaft und die Betriebe sein.

Der niedere Stand der Lebensmittelmengen machte sich auch insbesondere durch die beträchtliche Erhöhung der Säuglingssterblichkeit bemerkbar. Die Säuglingssterblichkeit ist in einzelnen Industrieorten bis auf 34,6%, in einem Orte sogar auf 40% angestiegen. Das sind natürlich Ziffern, die jedem denkenden Menschen noch mehr zum Denken Anlaß geben. Durch ärztlich geleitete Mütterberatungen in den Gesundheitsämtern über die Ernährung und Pflege der Kinder sowie durch unentwegte Bemühungen um Milch- und Vitaminzubußen wurde hier eine Besserung dieser Lage in die Wege geleitet und erhoffe ich mir von diesen Maßnahmen entsprechende Erfolge.

Von großer Bedeutung ist hier, wie überhaupt für die allgemeine Volksgesundheit, die Überwachung des Lebensmittelverkehrs. Diese Überwachung stößt allenthalben noch auf große Schwierigkeiten, einerseits infolge Mangels an geschultem Personal in der Lebensmitteluntersuchungsanstalt und der ungünstigen Verkehrsverhältnisse, andererseits infolge Mangels an den nötigen Chemikalien. Bei der Beschaffung dieser Stoffe ergeben sich die gleichen Schwierigkeiten wie bei der Medikamentenversorgung der Bevölkerung. Die Vorräte an chemischen Stoffen und Heilmitteln sind zum Großteil aufgebraucht. Durch die von mir mit Kundmachung vom 12. Juli 1945 ausgesprochene Beschlagnahme aller Arzneimittel, deren Besitzer nicht feststellbar sind, ist es in letzter Zeit gelungen, größere Bestände zu ermitteln und der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Bei der Medikamentenversorgung hat besonders wieder die Britische Militärregierung tatkräftig helfend eingegriffen, indem sie auf Grund der Aufstellungen über den dringendsten Arzneimittelbedarf größere Mengen der wichtigsten Mittel lieferte. Schließlich wurde auch erreicht, daß durch das Internationale Rote Kreuz in Genf im Wege der Schweizer spende demnächst eine größere Medikamentenlieferung in Steiermark eintreffen wird.

Die Tuberkulosenfürsorge konnte durch ärztliche Beratungen sowie durch wirtschaftlichen Schutz sichergestellt werden.

Sehr umfassend mußte unsere Fürsorge gegen eine Weiterverbreitung der Geschlechtskrankheiten sein. Wir haben zu diesem Zwecke in den Ostbezirken Beratungs- und Behandlungszentren mit Fachärzten zur Untersuchung und Behandlung von rund 10.000 Frauen notwendig gehabt und haben sie eingesetzt.

Unmittelbar nach der Kapitulation wurde an die Beseitigung der in den Landeskrankenanstalten durch Kriegshandlungen angerichteten Schäden geschritten. Das Landeskrankenhaus Fürstenfeld erhielt eine Reihe von Artillerietreffern, die bald behoben werden konnten. Die Krankenhäuser Hartberg und Radkersburg sind viel schwerer beschädigt worden als das Krankenhaus Fürstenfeld. Sie sind fast ihrer ganzen Einrichtung verlustig geworden. Trotzdem konnte das Krankenhaus Hartberg schon soweit wieder in Betrieb genommen werden, daß ein namhafter Teil der früheren Bettenanzahl wieder zur Verfügung steht und auch schon wieder Operationen durchgeführt werden, während das Krankenhaus in Radkersburg noch weiter zurück ist; dort konnten wir bisher nur einen Notbetrieb im Isolierhaus eröffnen.

Im Frühjahr dieses Jahres sind anlässlich der gesteigerten Luftangriffe eine Reihe von Ausweichspitälern eingerichtet worden. Wir haben sie bis Ende September wieder auflassen müssen. Eine Reihe von ihnen bleibt aber weiter in Bereitschaft, wenn im Laufe des Winters ein größerer Andrang auf die Krankenhäuser einsetzen sollte und mit einem solchen müssen wir rechnen. Es muß damit gerechnet werden mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Ernährungslage und auf den Brennstoff-

mangel. Die bestehenden Landeskrankenanstalten allein wären einer solchen zusätzlichen Belastung nicht gewachsen.

In Graz ist das Landeskrankenhaus Graz-Mitte durch Bomben schwer beschädigt worden. Es wird wieder aufgebaut und hoffentlich ehe baldigst in Betrieb genommen werden können. Die Einrichtung des Britischen Truppenspitales im Landeskrankenhaus Graz hat eine weitgehende Verlegung der dort untergebrachten Abteilungen sowie der Direktion und Verwaltung notwendig gemacht. Einzelne Abteilungen mußten nach auswärts verlegt werden, zum Beispiel die III. chirurgische Abteilung wurde in das Landes-Taubstummeninstitut verlegt.

In der Landes-Heil- und Pflegenstalt „Am Feldhof“ wurde der Mittel- und Ostteil eines Traktes durch Bomben schwer beschädigt, wodurch ein Ausfall von 280 Betten eingetreten ist. Die Wiederherstellungsarbeiten sind bereits im Gange.

Bei Erörterung dieses Themas ist auch zu bedenken, daß durch Kriegseinwirkungen und -auswirkungen Ersatz für ungefähr 5000 Betten geschaffen werden soll. 1900 Betten sind durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen, 1000 Betten wurden requiriert, 1000 Betten sind für Kriegsbeschädigte und kranke Soldaten zur Verfügung gestellt worden und 1000 Betten kommen für Flüchtlinge in Betracht.

Als Aufbaumaßnahmen sind die Neueinrichtung des aseptischen Operationsraumes in Knittelfeld und insbesondere die Errichtung einer eigenen Kinderabteilung am Landeskrankenhaus Leoben zu werten, wobei für die Gewinnung weiterer Räume für den Krankendienst die Aufstockung des Hauptgebäudes bewilligt wurde und schon sehr weit fortgeschritten ist.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß am 30. Oktober dieses Jahres der Landesverband Steiermark des Österreichischen Roten Kreuzes wieder gegründet worden ist. Die bisher geleistete Arbeit bezieht sich vornehmlich auf eine Suchaktion, auf die Rückführungsaktion österreichischer Kriegsgefangener, auf eine ausgedehnte Kinderhilfsaktion, auf eine zusätzliche Medikamentenversorgung und auf die Betreuung der Kriegsgefangenen.

Wenn ich nun im folgenden kurz davon sprechen will, auf welchen Grundlagen sich die Erneuerung unseres öffentlichen Lebens im Sinne der Demokratie vollzogen hat, so muß ich feststellen, daß sich hier vor allem die Gemeinden als das Fundament des Staates erwiesen haben. Der allgemeine Zusammenbruch und die Errichtung mehrerer Besatzungszonen — die abtretende Provisorische Landesregierung hatte ja zeitweise mit russischen, englischen, jugoslawischen und bulgarischen Besatzungstruppen zu tun — hatte durch Wochen jede Verbindung zwischen der Landesregierung und einem Großteil der steirischen Gemeinden unmöglich gemacht. Als diese Verbindung wieder hergestellt war, ergab sich die Tatsache, daß nahezu in allen Gemeinden bereits Bürgermeister und aus

den politischen Parteien gebildete Vertretungen vorhanden waren. Diese lokalen Autoritäten bildeten den ersten Anfang einer staatlichen Organisation und Ordnung. Man kann eigentlich daraus ersehen, wie kräftig in unserer Bevölkerung trotz allem der demokratische Gedanke verwurzelt ist. Es war nun die erste und vordringlichste Aufgabe der Provisorischen Steiermärkischen Landesregierung mit Hilfe der inzwischen wieder aktivierten und zum überwiegenden Teile neubesetzten Bezirkshauptmannschaften die so geschaffene Lage in den Gemeinden zu überprüfen, mit den bestehenden Gesetzen in Einklang zu bringen und die Bürgermeister zu bestätigen. Die über Weisung der Britischen Militärregierung durchgeführte Reduzierung der Gemeinderäte, die nunmehr als abgeschlossen anzusehen ist, hat hiezu der Provisorischen Landesregierung weitere Gelegenheit geboten. Gleichzeitig wurde aber auch mit den Arbeiten für eine Gemeindefinanzstatistik begonnen. Hier lag gleichfalls eine Weisung der Britischen Militärregierung vor und hat die eigentliche Veranlassung dazu geboten. Durch sie wurde angeordnet, daß die Gemeinden einen Voranschlag für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1945 vorzulegen haben. Diese Voranschläge, aus denen vor allem der Finanzbedarf der Gemeinden für das laufende Rechnungsjahr ermittelt werden soll, bilden auch zugleich die Grundlage für eine unmittelbar vor Abschluß stehende Gemeindefinanzstatistik, die erst ein wahres und getreues Bild der wirklichen Finanzlage der Gemeinden bieten wird.

Parallel mit diesen Arbeiten laufen auch die Vorbereitungen für die von der vorläufigen Verfassung verheißene Reorganisation der Bezirksverwaltung, deren Ziel nur in der Demokratisierung derselben liegen kann.

Über die Entwicklung der Landesfinanzen seit der Befreiung Österreichs habe ich folgendes zu berichten:

Mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates und der unmittelbar nachfolgenden Besetzung des größeren Teiles der Steiermark durch russische Truppen ist ein plötzlicher Stillstand in der öffentlichen Finanzwirtschaft eingetreten. Die Geldinstitute mußten damals geschlossen bleiben, die dort liegenden Guthaben wurden gesperrt. Durch die Beschlagnahme des Banknotenvorrats der Reichsbankfiliale in Graz wurde die Versorgung der öffentlichen Kassen mit den erforderlichen Zahlungsmitteln unterbrochen. Lediglich für dringende Zahlungen von geringer Höhe standen uns unbedeutende Kassenbestände zur Verfügung. Diese Kassenbestände reichten aber nicht einmal zur Deckung der Erfordernisse für den Personalaufwand aus. Es ist den Bemühungen des früheren Staatskanzlers Dr. Renner zu danken, daß der Staatsregierung durch den Oberbefehlshaber der russischen Armee in Österreich aus dem beschlagnahmten Banknotenvorrat verrechenbare Vorschüsse in größerem Ausmaße zur Verfügung gestellt worden sind. Wiederholt habe ich wegen Geldüberweisungen

für das Land Steiermark interveniert und nach vielen Bemühungen erhielten wir Reichsbanknoten im Betrage von 50 Millionen aus diesem Staatsvorschuß und der Herr Staatssekretär und jetzige Finanzminister Dr. Z i m m e r m a n n hat uns diesen Betrag persönlich mittels Lastkraftwagen nach Graz gebracht. Nach Einlangen dieser Mittel wurde der Zahlungsdienst durch die öffentlichen Kassen wieder aufgenommen, und zwar beschränkt auf die dringendsten unabweislichen Aufgaben. Die Steiermärkische Landesregierung hatte damals und hat auch heute noch nicht nur die Vorsorge für die Bedeckung der eigenen Landesausgaben zu treffen, sondern auch die staatlichen Behörden im Lande und die Körperschaften des öffentlichen Rechts, die ihre Erfordernisse nicht durch ihre eigenen Einnahmen decken können, sondern auf Staatszuschüsse angewiesen sind -- wie etwa die Sozialversicherungsinstitute -- mit den erforderlichen Mitteln auszustatten. Die Privatwirtschaft hat die erforderlichen Mittel zunächst auch aus diesen Mitteln erhalten und dann später durch das von der Staatsregierung beschlossene Schaltergesetz zur Verfügung gestellt bekommen.

Am 24. Juli sind wir dann in ganz Steiermark von Britischen Truppen besetzt worden. Die Britische Militärregierung hat die Weiterführung der Finanzwirtschaft der öffentlichen Stellen durch Finanzierung aus dem 50-Millionen-Kredit sofort genehmigt. Seit dieser Zeit, meine Damen und Herren, stellt sie den Verbrauch dieser für uns notwendigen Mittel in dankenswerter Weise weiter zur Verfügung. Sie hat uns die erforderlichen Beträge aus den unter ihrer Kontrolle stehenden Mitteln flüssiggestellt. Durch Maßnahmen der Britischen Militärregierung ist eine sehr fühlbare Erleichterung auch dahin eingetreten, daß die nach dem Schaltergesetz nur in sehr beschränktem Ausmaße und nur für bestimmte Zwecke freigegebenen alten Guthaben bei den Geldinstituten ohne Beschränkung freigegeben wurden.

Die Wiederkehr des Vertrauens der Bevölkerung förderte im wesentlichen Ausmaße den Spareinlageverkehr, so daß heute von einem Mangel an Zahlungsmitteln nicht mehr die Rede sein kann. Trotzdem ist die Gesamtlage in finanzieller Hinsicht noch völlig unübersichtlich. Es besteht nicht der geringste Überblick, ob und in welchem Ausmaße die öffentlichen Abgaben die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltungen decken werden. Die Einnahmen an öffentlichen Steuern sind dem Darniederliegen der Wirtschaft entsprechend katastrophal ungünstig.

Zum Haushalt des Landes als Selbstverwaltungskörperschaft ist zu berichten, daß in der Zeit von der Befreiung Österreichs bis Ende Juni Einnahmen überhaupt nicht eingelaufen sind und die Ausgaben beschränkt waren auf jene dringenden Zahlungen, die aus den geringfügigen Kassenbeständen geleistet werden konnten. Für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember hat die Provisorische Landesregierung einen Zwischenhaushaltsplan aufgestellt, der rund 18½ Millionen Einnahmen und Ausgaben in gleicher Höhe umfaßt. Unter den veranschlagten

Einnahmen befinden sich keine Steuererträge. Die landeseigenen Abgaben, die vor der Besetzung Österreichs durch den Nationalsozialismus die Stütze des Landeshaushaltes gebildet haben, sind durch den nationalsozialistischen Finanzausgleich des Deutschen Reiches bekanntlich den Ländern entzogen und dem Reich, beziehungsweise den Gemeinden zugewiesen worden. Die Länder haben dafür lediglich Finanzausweisungen und Straßenzuschüsse erhalten. Ferner hatten sie das Recht, von den Bezirken, die selbst nichts haben, eine Landesumlage einzuheben. Von den veranschlagten rund 18½ Millionen Einnahmen entfallen  $\frac{9^2}{10}$  Millionen auf solche Einnahmen des Landes, die sich unmittelbar aus seiner eigenen Verwaltungstätigkeit ergeben, insbesondere auf die von den Anstalten einzuhebenden Verpflegungsgebühren und Entgelte und die Erträge der Landesbetriebe.  $\frac{9^3}{10}$  Millionen sind veranschlagt für Finanzausweisungen, Straßenzuschüsse und Landesumlagen. Leider ergibt sich aus einer Anordnung der Alliierten Kommission für Österreich vom 10. November 1945, daß das Land mit diesen letzterwähnten Einnahmen im wesentlichen nicht mehr wird rechnen können und sogar die darauf erhaltenen Vorschüsse bis auf einen kleinen Teil der von den Bezirken zu zahlenden Landesumlage wieder zurückzahlen muß. Es ist nämlich verfügt worden, daß das Land, die Bezirke und Gemeinden alle Barmittel und alle Rücklagen, auch wenn sie bisher für besondere Zwecke gebunden waren, zur Bedeckung der laufenden Ausgaben heranziehen müssen und erst nach deren restlosen Verbrauch eine zusätzliche Finanzbeihilfe ansprechen können. Diese zweckgebundenen Barmittel haben wir bis jetzt nicht angegriffen und noch zur Verfügung. Diese Maßnahme entzieht der Finanzverwaltung alle notwendigen Reserven, was sich für die zukünftige Finanzwirtschaft sehr ungünstig auswirken und die Finanzwirtschaft sehr erschweren wird.

Das neue Rechnungsjahr wird mit dem 1. Jänner 1946 beginnen. Angesichts der ungeklärten finanziellen Gesamtlage halte ich es für ausgeschlossen, daß die Steiermärkische Landesregierung dem Steiermärkischen Landtag rechtzeitig einen Vorschlagsentwurf für das Jahr 1946 wird einbringen können. Es wird vielmehr notwendig sein, daß der Steiermärkische Landtag zunächst ein Budgetprovisorium der neuen Regierung bewilligt.

So viel über die finanzielle Lage des Landes, die als völlig ungeklärt angesehen werden muß.

Zu erwähnen ist weiters, daß sofort nach dem 8. Mai an die Bezirkshauptmannschaften und an den Magistrat der Stadt Graz Weisungen über die Sicherstellung und Beschlagnahme des Vermögens der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände, der deutschen Wehrmacht, der Organisation Todt, des Reichsarbeitsdienstes, des Luftschutzbundes u. dgl. gegeben worden sind. Es handelt sich hier um sehr namhafte Vermögen, die auf Grund des Verbotsgesetzes und der Abtrennung

Österreichs von Deutschland der Republik Österreich verfallen sind.

Und nun noch einige Bemerkungen über unser Landesbauamt. Daß diesem schon im Hinblick auf die notwendige Beseitigung der durch den Krieg hervorgerufenen Zerstörungen eine große Bedeutung zukommt, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Fast sämtliche Abteilungen des Landesbauamtes sind durch Wiederaufbaupläne beansprucht, ganz gleich, ob es sich um den Straßenbau handelt, dem außer der normalen Erhaltung auch die verstärkte Instandsetzung der beschädigten Fahrbahndecken obliegt, oder um den Brückenbau, die Kulturtechnik, den Hochbau — die Kriegsschäden an allen Gebäuden des Staates und des Landes werden bisher mit einer Schadenssumme von über 14 Millionen geschätzt — oder um den Maschinenbau und das Kraftfahrwesen. Es würde den Rahmen dieses Berichtes weit überschreiten, wenn ich mich hier in nähere Details einlassen wollte.

Mit besonderer Sorgfalt mußte der reiche Kunst- und Kulturbesitz des Landes behandelt werden. Alle wertvolleren Stücke unseres Landesmuseums Joanneum sind außerhalb Graz im ganzen Lande zerstreut und an irgendeinem Orte geborgen gewesen. Dank der tätigen Mithilfe der Britischen Militärregierung ist es gelungen, den größten Teil der Museumsgüter wieder unversehrt nach Graz zu schaffen. Es war natürlich nicht zu vermeiden, daß die Bergungsmaßnahmen auch mit Schäden verbunden waren, doch bewegen sich diese in einem verhältnismäßig engen Rahmen. Bedauerlicherweise ist das sehr interessante und wertvolle Archiv des Erzherzogs Johann in Stadl an der Mur schwer beschädigt worden. Im Anschluß an die Gründungsfeier des Joanneums ist derzeit eine Ausstellung zu sehen. Wenn Sie Gelegenheit haben, so nehmen Sie diese wahr und sehen Sie sich diese Ausstellung an. Sie gewährt einen geradezu überwältigenden Einblick in die Fülle und den Reichtum der aus vergangenen Zeiten überkommenen Überlieferungen.

Zur Schulfrage übergehend, berichte ich, daß es das ernste Bestreben der Landesregierung war, dem bewährten österreichischen Schulwesen wieder voll Geltung zu verschaffen und die österreichischen Schuleinrichtungen wieder einzuführen. Ich habe es als eine meiner ersten Aufgaben betrachtet, die organisatorische Grundlage für einen geordneten Schulbetrieb wieder herzustellen und insbesondere die bewährte Einrichtung des Landesschulrates und der Bezirksschulräte — allerdings provisorisch — wieder ins Leben zu rufen. Soweit Schulgebäude vorhanden sind und soweit nach der durchgeführten Sichtung und Säuberung des Lehrstandes geeignete Lehrkräfte zur Verfügung stehen, ist allenthalben das Schulwesen, das unter der Einwirkung des Krieges schwer gelitten hat, wieder erneuert worden. Außer den dem Landesschulrat obliegenden Aufgaben war mir auf Grund einer Spezialvollmacht des Bundeskanzlers selbst die Befugnis eingeräumt worden, in dringenden Angelegenheiten der steiri-

schen Hochschulen provisorische Verfügungen zu treffen. Da die Verbindung mit den Zentralstellen in Wien lange Zeit unterbrochen oder zumindest schwer behindert war, habe ich von dieser Vollmacht reichlich Gebrauch machen müssen. Ich habe veranlaßt, daß die drei Hochschulen ziemlich rasch eröffnet werden und ziemlich rasch ihren Lehr- und Forschungsbetrieb wieder aufnehmen konnten. Eine zeitraubende und unangenehme Arbeit erwuchs auch durch die notwendige Ausscheidung belasteter nationalsozialistischer Lehrkräfte aus den Hochschulen, eine Aufgabe, die mit Hilfe von Personalausschüssen an jeder der drei Hochschulen bewältigt werden mußte und so ziemlich vor dem Abschlusse steht. Den Vorsitz in diesen Ausschüssen, die mir die Anträge zu unterbreiten hatten, hat Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Dienstleder geführt, dem ein Hauptteil an dieser zu leistenden, höchst unangenehmen Arbeit zugefallen ist.

Es gäbe noch so manches über die weitverzweigte Betätigung der Landeshauptmannschaft zu berichten, wie zum Beispiel, daß im Bauverfahren die Bürgermeister wieder grundsätzlich die baupolizeiliche Zuständigkeit erster Instanz mit gewissen Einschränkungen zurückerhalten haben, daß ich für die Angelegenheiten ehemaliger politischer KZ.-Häftlinge im Rahmen der Landeshauptmannschaft eine besondere Fürsorgeabteilung geschaffen habe, daß das steirische Landesjagdgesetz aus dem Jahre 1936 wieder in Kraft gesetzt worden ist, daß das Landesforstamt der Landeshauptmannschaft besonders bei der Erzeugung und Bereitstellung des Brennholzes für Mangelgebiete, vor allem für Graz, verdienstvoll mitgearbeitet hat, daß die Veterinärabteilung der Landeshauptmannschaft einen erfolgreichen Kampf mit den stets neu auftauchenden Viehseuchen, besonders der Maul- und Klauenseuche, geführt hat und vieles andere mehr. Ich muß es mir jedoch heute wegen der vorgeschrittenen Zeit versagen, auf diese und viele andere gewiß auch wichtige Kapitel der Landesverwaltung und Tätigkeit der Provisorischen Landesregierung näher einzugehen.

Ein paar Worte jedoch möchte ich noch sagen dürfen über eine wichtige Aufgabe, die mir als Landeshauptmann oblag. Es betrifft die Säuberung der Beamten- und Angestelltenschaft des Landes von den nationalsozialistischen Elementen. Es hat sich hierbei nicht ausschließlich allein um die Personen selbst gehandelt, sondern es hat sich hier gehandelt um den nationalsozialistischen Geist, der allenthalben in den Ämtern Platz gegriffen hat und der für den Wiederaufbau eines wirklich demokratischen Staates besonders hinderlich war. Das war eine schwere Aufgabe und sie ist halbwegs gelöst worden, noch nicht zur Gänze. Sämtliche Personalakten sind über Auftrag des ehemaligen Gauleiters verbrannt worden. So haben wir durch mühevoll Kleinarbeit diese Akten wieder rekonstruieren müssen, um ein Bild über die politische Vergangenheit und Betätigung jedes einzelnen Beamten und Angestellten zu bekommen. Sie wissen, heute ist

niemand ein Nationalsozialist, niemand ein Illegaler, niemand hat mitgearbeitet, niemand sich betätigt und wenn sie es ihm nicht schriftlich oder anderswie nachzuweisen in der Lage sind, ist keiner dabei gewesen. Auf Grund von Erhebungen und Begutachtungen durch eine aus den drei demokratischen Parteien zusammengesetzte Personalvertretung habe ich entschieden, ob ein Beamter, Angestellter oder Arbeiter im Dienste belassen werden konnte oder auszuschneiden hatte. Bis Ende November wurden 492 Beamte, Angestellte und Arbeiter entlassen, außerdem mußte ich über Anordnung der Britischen Militärregierung weitere 65 vom Dienst entfernen.

Wenn Sie bedenken und berücksichtigen, daß der Kreis der im Rahmen der Landeshauptmannschaft und der dazugehörigen Ämter und Anstalten beschäftigten Personen rund 7000 umfaßt und daß jeder Fall infolge der von mir geschilderten Umstände einzeln und für sich allein behandelt werden mußte, können Sie ermessen, welch schweres Stück Arbeit mit diesen Überprüfungen geleistet worden ist. Bemerkenswert möchte ich, daß trotz dieser Abbaumaßnahmen der Personalstand der Landeshauptmannschaft und deren Unterbehörden und Dienststellen aus der nationalsozialistischen Ära ganz außerordentlich angewachsen ist, so daß man von einer hypertrophie sprechen kann. Trotz der durchgeführten Entlassungen bedarf er dringend einer weiteren Verringerung und es wird Aufgabe der nunmehr auszuarbeitenden Stellenpläne sein, diese Verminderung im Beamtenstand vorzubereiten. Hierzu wird es allerdings notwendig sein, daß der künftige Aufgabenkreis der Landeshauptmannschaft genau umrissen wird.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich am Schlusse meines Berichtes angelangt. Ich habe versucht, dem Hohen Landtag und Ihnen, meine Damen und Herren, ein Bild über das Wirkungs- und Tätigkeitsgebiet der Landesregierung und der ihr unterstehenden Landeshauptmannschaft zu geben, das natürlich weder vollständig noch umfassend sein konnte. Auf sehr wichtige Kapitel, über die eingehend zu sprechen nützlich und auch notwendig wäre, konnte ich nur kurz hinweisen. Sehr viele Angelegenheiten, die viel Zeit und Mühe kosteten, mußte ich heute unerwähnt lassen, weil es in der Natur der Sache gelegen ist, daß nicht über alles Bericht erstattet werden kann. Die Agenden der Landesregierung sind so vielfältig und mannigfaltig, daß es nicht möglich ist, hier überhaupt alle aufzuzählen. Was mich selbst und meine Funktion als Landeshauptmann anlangt, so kann ich wohl ohne Übertreibung sagen, daß ich seit dem 8. Mai sozusagen keine ruhige Stunde gehabt habe, weder im Amt, noch auch daheim, wo viele zumeist persönliche Anliegen vorgebracht wurden, so daß von einer Begrenzung der Arbeitszeit überhaupt nicht gesprochen werden kann.

Bei alledem darf nicht übersehen werden, daß wir wohl ein befreites, aber kein freies, sondern ein militärisch besetztes Land sind. Über alles, was die

Provisorische Steirische Landesregierung getan hat, haben wir Rechenschaft gegeben und der Verkehr mit der Militärregierung, die Erteilung von Auskünften, Informationen, Aufklärungen usw. hat gewiß nicht zu den einfachsten der mir zugewiesenen Aufgaben gehört. Wesentlich erleichtert wurde mir diese Arbeit durch die volle Einsicht und das verständnisvolle Entgegenkommen der leitenden britischen Militärorgane, ob es sich um die in der weitverzweigten Wirtschaft im Sanitäts-, Gesundheits-, Verkehrs- oder Erziehungswesen tätigen Offiziere oder um Polizei oder politische Organe handelte, überall habe ich volle Objektivität, Takt und Verständnis gefunden, auch dann, wenn unsere Meinungen auseinandergingen. Ich würde ein Versäumnis begehen, wenn ich nicht von dieser Stelle aus der Britischen Militärregierung, insbesondere dem Herrn Militärkommandanten Oberst Wilkinson und seinem Stellvertreter, Herrn Oberstleutnant Boyd, im Namen der abtretenden Landesregierung und in meinem eigenen Namen für ihr Entgegenkommen und ihre Hilfe auf allen Gebieten den besten Dank sagen würde.

Heute, meine Damen und Herren, wo vom Landtag infolge des Wahlergebnisses ein neuer Landeshauptmann gewählt werden wird und ich abtrete, drängt es mich auch, allen meinen Kollegen in der Landesregierung, insbesondere denen, die nicht mehr Mitglieder derselben sein werden, für das wirklich kollegiale und freundschaftliche Zusammenarbeiten herzlichst zu danken. Möge diese aufrichtige, sachliche Zusammenarbeit auch der Leitsatz der künftigen Landesregierung bleiben im Interesse unseres Landes, im Interesse unseres Volkes.

Damit, meine Damen und Herren, schließe ich meinen namens der Provisorischen Landesregierung erstatteten Bericht über eine zehnmonatige bewegte und schwere Zeit unmittelbar nach einem Zusammenbruch, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat und bitte Sie, diesen, meinen Bericht genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Zu dem eben erstatteten Bericht hat sich zur Stellung eines Antrages zum Worte gemeldet Herr Abgeordneter Smolana.

Abgeordneter **Smolana:** Hohes Haus! Ich beantrage den Tätigkeitsbericht des Herrn Landeshauptmannes Reinhard Machold genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident:** Ich schreite zur Abstimmung über diesen Antrag und bitte die Mitglieder des Landtages, die diesem Antrage zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir schreiten nunmehr zu Punkt 2 der Tagesordnung:

#### Wahl des Landeshauptmannes.

Hiezu bemerke ich folgendes: Nach § 28 der Landesverfassung besteht die Landesregierung einschließlich des Landeshauptmannes aus 9 Mit-

gliedern, für deren Wahl die Bestimmungen der §§ 54 und 55 der Geschäftsordnung anzuwenden sind. § 54, Abs. 5, lautet:

„Hat eine Wahl oder eine Mandatsaufteilung (für die Landesregierung, den Bundesrat usw.) nach dem Verhältniswahlrecht zu erfolgen, so haben die Landtagsparteien dem Präsidenten durch ihre Obmänner schriftliche Wahlvorschläge zu überreichen. Sonach hat der Präsident im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz die zu vergebenden Mandate mittels Wahlzahl auf die Parteien aufzuteilen.“

Im Sinne der Obmännerkonferenz entfallen nach dem Ergebnis der Landtagswahlen vom 25. November 1945 im Verhältnis der Mandatszahlen auf die ÖVP. 5 Regierungsmandate, auf die SPÖ. 4 Regierungsmandate. Nach diesem festgesetzten Aufteilungsschlüssel haben sodann die Landtagsparteien die auf sie entfallenden Regierungsmitglieder namhaft zu machen, wobei der Landeshauptmann in den auf seine Partei entfallenden Anteil an der Zahl der Regierungsmitglieder einzurechnen ist.

Zur Erstellung eines Wahlvorschlages für die Wahl des Landeshauptmannes erteile ich dem Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Dienstleder das Wort.

Abgeordneter Prof. Dr. **Dienstleder:** Hoher Landtag! Für die Wahl des Landeshauptmannes von Steiermark beantrage ich namens der ÖVP., dem Herrn Landesrat **Pirchegger** Ihre Stimme zu geben.

**Präsident:** Nachdem sich niemand weiters zum Wort gemeldet hat, bringe ich nun diesen Antrag des Herrn Prof. Dr. Dienstleder, Herrn Landesrat Anton Pirchegger zum Landeshauptmann zu wählen, zur Abstimmung.

Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Obmännerkonferenz wird von einer Wahl mittels Stimmzettel abgesehen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrage zustimmen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschicht.)

Ich stelle fest, daß Herr Landesrat Anton Pirchegger einstimmig zum Landeshauptmann von Steiermark gewählt ist.

Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann unter Berufung auf sein als Abgeordneter geleistetes Gelöbniß zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landeshauptmann **Pirchegger:** Ich danke dem Hohen Landtag für meine Wahl und erkläre unter Bezugnahme auf mein als Abgeordneter abgelegtes Gelöbniß, daß ich die Wahl annehme.

**Präsident:** Wir schreiten zu Punkt 3 der Tagesordnung:

#### Wahl des 1. und 2. Landeshauptmannstellvertreters.

Auf Grund einer zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung wird beantragt, mit der im § 20 der Landesverfassung vorgesehenen Mehrheit die Wahl des 1. und 2. Landeshauptmannstellvertreters im Plenum des Hohen Landtages vorzunehmen.

Es wird weiters auf Grund einer Parteienvereinbarung zum 1. Landeshauptmannstellvertreter Herr

Abgeordneter Reinhard Machold und zum 2. Landeshauptmannstellvertreter Herr Ing. Udier vorgeschlagen.

Ich werde über diese Vorschläge gesondert die Abstimmung durchführen und ersuche die Abgeordneten, die für den Antrag stimmen, wonach Herr Landtagsabgeordneter Reinhard Machold zum 1. Landeshauptmannstellvertreter vorgeschlagen wird, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die für den Antrag stimmen, wonach Herr Landtagsabgeordneter Ing. Udier zum 2. Landeshauptmannstellvertreter vorgeschlagen wird, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es sind sonach Herr Abgeordneter Reinhard Machold zum 1. Landeshauptmannstellvertreter und Herr Abgeordneter Ing. Udier zum 2. Landeshauptmannstellvertreter gewählt.

Ich ersuche Herrn Landeshauptmannstellvertreter Reinhard Machold unter Bezugnahme auf das als Abgeordneter geleistete Gelöbnis zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landeshauptmannstellvertreter **Machold**: Ich nehme die Wahl an.

**Präsident**: Ich ersuche Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier unter Bezugnahme auf sein als Abgeordneter geleistetes Gelöbnis zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landeshauptmannstellvertreter **Udier**: Ich nehme die Wahl an.

**Präsident**: Wir schreiten zu Punkt 4 der Tagesordnung:

#### Wahl der übrigen Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung.

Ich stelle fest, daß der Landeshauptmann und die beiden Landeshauptmannstellvertreter in den auf ihre Parteien entfallenden Anteil der Regierungsmitglieder einzurechnen sind. Es entfallen demnach auf die ÖVP. und auf die SPÖ. noch je 3 Regierungsmandate.

Es liegen mir hier seitens der Parteien die schriftlichen Vorschläge bezüglich der Wahl vor.

Von Seiten der ÖVP. werden vorgeschlagen als Regierungsmitglieder die Herren Abgeordneten Josef Hollersbacher, Josef Krainer und Dr. Illig.

Von Seiten der SPÖ. werden vorgeschlagen als Regierungsmitglieder die Herren Norbert Horvatek, Fritz Matzner und Engelbert Rückl.

Über diese beiden Vorschläge werde ich einzeln abstimmen lassen. Ich bemerke jedoch, daß Stimmen, die sich gegen diese Wahlvorschläge richten, gemäß § 54, Absatz 5, der Geschäftsordnung als ungültig anzusehen sind.

Wenn gegen die Art der Wahl kein Einspruch erhoben wird, ersuche ich die Abgeordneten, welche dem Wahlvorschläge der ÖVP. zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Abgeordneten, welche dem Wahlvorschläge der SPÖ. zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es sind demnach folgende Herren als Landesräte in die Steiermärkische Landesregierung gewählt:

Hollersbacher, Krainer, Dr. Illig, Horvatek, Matzner und Rückl.

Ich ersuche noch die eben gewählten Mitglieder der Landesregierung bei Namensaufruf unter Bezugnahme auf das von ihnen als Abgeordnete geleistete Gelöbnis im einzelnen zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

Landesrat **Hollersbacher**: Ich nehme an.

Landesrat **Krainer**: Ich erkläre, die Wahl anzunehmen.

Landesrat **Horvatek**: Ich erkläre, die Wahl anzunehmen.

Landesrat **Matzner**: Ich nehme an.

Landesrat **Rückl**: Ich nehme die Wahl an.

**Präsident** (nach Erscheinen des Herrn Landesrates Dr. Illig im Hause): Herr Dr. Illig, Sie sind soeben als Landesrat in Vorschlag gebracht worden. Ich ersuche Sie, zu erklären, ob Sie die Wahl annehmen.

Landesrat **Dr. Illig**: Ich erkläre, daß ich die Wahl annehme.

**Präsident**: Hiemit ist die Wahl der Steiermärkischen Landesregierung vollzogen.

Ich möchte als Präsident des Landtages Gelegenheit nehmen, den neugewählten Herrn Landeshauptmann von Steiermark Anton Pirchegger sowie die übrigen Mitglieder der Landesregierung auf das herzlichste zu beglückwünschen. Ich möchte Sie bitten, Ihre ganze Kraft in den Dienst der Arbeit für den Wiederaufbau unserer Heimat zu stellen. Ich darf wohl annehmen, daß die Abgeordneten des Hohen Hauses die Erklärung abgeben, daß wir gewillt sind, Sie in Ihrer Arbeit auf das Tatkräftigste zu unterstützen.

Ich erteile nun dem neugewählten Herrn Landeshauptmann Anton Pirchegger zu einer Erklärung das Wort.

Landeshauptmann Anton **Pirchegger**: Hohes Haus! In dieser Stunde hat ein neuer Abschnitt in der so reichen Geschichte unserer lieben steirischen Heimat seinen Anfang genommen. Aus bewegtem Herzen danke ich den Abgeordneten aller drei Parteien für die einmütige Willenskundgebung, die sie durch meine Wahl zum Landeshauptmann zum Ausdruck gebracht haben. Ich glaube, darin den ehrlichen Willen zu aufrichtiger Zusammenarbeit im Zeichen der demokratischen Einigkeit erblicken zu dürfen. In der unendlich schweren und ersten Lage, in die unser liebes Österreich und ganz besonders unsere grüne Mark durch den Wahnsinn eines verbrecherischen Führertums gebracht wurde, geziemt uns allen wohl eine Haltung, die der kritischen Lage entspricht und die dringende Arbeit des Wiederaufbaues nach echt demokratischen Grundsätzen gewährleistet.

Bevor ich im einzelnen auf die Grundsätze eingehe, nach denen die neue Landesregierung und ich als deren Exponent die Arbeit gestalten werden, ist es mir eine angenehme Pflicht, unserer Besatzungsmacht und der Britischen Militärregierung mit Herrn Oberst Wilkinson an der Spitze den ergebenen Gruß der neuen Regierung und des neugewählten Landtages zu entbieten. Ich danke im Namen der ersten, vom Volke gewählten Vertretung des Landes und im Namen der ganzen steirischen Bevölkerung feierlich für die großzügige Hilfe, die England bisher der Steiermark hat angedeihen lassen. Daß unser armes Volk heute doch wenigstens soviel zu essen hat, daß die drohende Hungerkatastrophe gebannt werden konnte, verdanken wir zum maßgeblichen Teile der Militärregierung. Für die Ordnung und Sicherheit, die in unser Land zurückgekehrt sind, sind wir unserer Besatzungsmacht überaus verpflichtet. Ebenso danke ich für die großzügige und erfolgreiche Hilfe bei der Brennstoffversorgung unserer Städte.

Mein nächster Dank gebührt den Mitgliedern der Provisorischen Landesregierung unter Führung von Landeshauptmann Reinhard Machold, die in schwerster Zeit sofort nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sich in den Dienst des Aufbaues gestellt haben. So wie in Wien alle drei demokratischen Parteien eine rückhaltslose Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, können wir dies auch von unserem Lande sagen.

Nun gestatte ich mir, einige Bitten vorzutragen. Vor allem bitte ich die Britische Militärregierung, insbesondere Herrn Oberst Wilkinson, mir und meinen Mitarbeitern das gleiche Vertrauen schenken zu wollen, das er der Provisorischen Landesregierung in großem Ausmaße gewährt hat. Ich weiß, daß unsere Bemühungen zwecklos wären, wenn wir nicht auf die vertrauensvolle und innige Zusammenarbeit mit der Britischen Militärregierung rechnen dürften. Ich bitte, Herrn Oberst Wilkinson den Dank der Steiermark für die bisherige Hilfe und das Ersuchen um weitere Unterstützung der britischen Regierung übermitteln zu wollen. Ich gedenke weiters der britischen Offiziere und Soldaten in unserem Lande, denen ich für ihr muster-gültiges Verhalten, ihre Disziplin und ihre freundschaftliche Haltung und Gesinnung gegenüber unserer Bevölkerung gerne meine Anerkennung ausspreche.

Und nun noch eine große Bitte: Unser ganzes Volk kennt die Großmut, welche die Alliierten in der Kriegsgefangenenfrage eingenommen haben. Wir haben zwar nie der Lügen- und Greuelpropaganda eines Goebbels Glauben schenken können, wonach im Falle eines verlorenen Krieges unsere Soldaten gemartert und nach Sibirien verschickt würden. Aber auf Grund der Erfahrungen des ersten Weltkrieges waren wir doch von der großen Sorge gequält, unsere Söhne auf lange Zeit hinaus nicht zu sehen. Die Alliierten haben aber in dieser Frage

eine wahrhaft menschliche und christliche Haltung an den Tag gelegt. Ich glaube daher keine Fehlbitte zu tun, wenn ich heute und von dieser Stelle aus einen warmen Appell an die Britische Militärregierung richte, alles daran setzen zu wollen, um die noch heute in Kriegsgefangenen- oder Interniertenlagern befindlichen Soldaten in die Heimat zu entlassen und bis dorthin einen geregelten Nachrichtenaustausch mit den Angehörigen zu ermöglichen. Insbesondere aber sind wir Steirer daran interessiert, daß die in Jugoslawien befindlichen Kriegsgefangenen und die in der ersten Nachkriegszeit in dieses Land verschleppten Personen ehestens entlassen werden. Die wenigen Nachrichten, die uns über diese Gruppe zugekommen sind, sind leider gar nicht günstig.

Zum erstenmal in der Geschichte der Steiermark wurde heute ein Bauer an die Spitze des Landes gestellt. Nicht Ehrgeiz und Streben nach Macht oder Ruhm haben mich, wortwörtlich genommen, vom Pflug in die Landesregierung gerufen, sondern lediglich die harte Pflicht und die heiße Liebe zu meinem wiedererstandenen Vaterlande und der feste Wille, dem gesamten Volke, soweit meine Kräfte reichen, so zu dienen, wie dies ein aufrechter Bauer vor seinem Herrgott verantworten muß. Ich sehe in dieser Tatsache ein ganz seltsames Symbol. Der Bauernstand ist der Urquell jeder Nation. In der tiefsten Not und der größten Drangsal hat sich das Volk auf die Quellen seines Daseins besonnen. Ich bin mir der ungeheuren Verantwortung bewußt, die dieses Vertrauen mir auferlegt. Ich weiß zwar, daß es in diesem Lande viele Leute gibt, die mehr wissen, mehr verstehen und vielleicht auch größere Erfahrung besitzen als ich. Ungeachtet dieser Erkenntnis habe ich mich entschlossen, diese schwere Bürde zu übernehmen, weil vielleicht gerade ein Bauer, der durch Jahrzehnte gequält von Sorgen und Kummer um seine Familie und seinen Hof, den notwendigen inneren Frieden des Herzens und die notwendige Abgeklärtheit für die kommende Zeit des Wiederaufbaues am ehesten gewährleistet. Das ist der eine Grund. Der zweite Grund aber ist der: Der Wiederaufbau unserer zertrümmerten Wirtschaft muß bei den Fundamenten beginnen. Das wichtigste Fundament in diesem Staate ist nun die Landwirtschaft, die die Ernährung unseres Volkes zu sichern und das elementarste Urbedürfnis zu befriedigen hat. Ich kenne aber auch die grundlegenden Zusammenhänge mit allen übrigen Wirtschaftszweigen, das mag man mir glauben. Die heimische Erzeugung an Nahrungsmitteln muß also zuerst wieder in Ordnung kommen. Der Arbeiter muß anständig zu essen bekommen, dann kann man von ihm auch eine anständige Arbeitsleistung erwarten und verlangen. Ich weiß, daß die Steigerung der Lebensmittelerzeugung nur möglich ist, wenn Hand in Hand mit den agrarpolitischen Aufgaben auch andere wichtige Dinge in Ordnung kommen. Ich denke da zunächst an unsere Verkehrs- und Energiewirtschaft und an die Werkzeugmaschinenindustrie.

Mein erstes Wort gilt meinen eigenen Berufsangehörigen, den Bauern und ihren treuen Mitarbeitern, den Land- und Forstarbeitern. Ihnen brauche ich nicht allzuviel sagen. Sie sind es gewesen, die in überwältigender Mehrheit sich zur ÖVP. bekannt haben. Heute steht einer von ihnen an der Spitze des Landes und ist verantwortlich nicht nur für ihr Wohl, sondern auch für das Wohl aller Bevölkerungsschichten, insbesondere der Arbeiter, die heute der ärmste Teil des Volkes sind. Die ÖVP. hat während der Wahlbewegung keinerlei konkrete Versprechungen gemacht, sondern im Gegenteil die Landwirtschaft ganz energisch zur Erfüllung der schweren Verpflichtungen aufgerufen. Ich tue dies nun auch von dieser Stelle aus. Von der Bauernschaft erwarte ich die sittliche Kraft, die mich befähigt, mein so verantwortungsvolles Amt anzutreten. Erfüllt eure Ablieferungspflichten! Tut mehr, als ihr müßt! Zeigt der Arbeiterschaft und allen Mitbürgern, daß es euch sehr ernst ist, einen neuen und besseren Staat aufzurichten! Enttäuscht nicht das Vertrauen der Stadt. Ich werde Außenseiter, die gegen ihre Pflichten verstoßen, als Verbrecher an der Bauernehre und Saboteure des Wiederaufbaues energisch und unerbittlich zur Rechenschaft ziehen.

Ein einziges, eindeutiges Versprechen hat die ÖVP. gegeben, das ich als Landeshauptmann wiederholen will: Der Wiederaufbau der Kriegsschadensgebiete der Ost- und Untersteiermark wird vordringlich behandelt. Ich werde die Britische Militärregierung und die Bundesregierung bitten, weitgehende Hilfsmaßnahmen für den raschen Aufbau dieser Gebiete in die Wege zu leiten. Das Wiederaufbauwerk kommt nicht nur der schwer geprüften Bevölkerung dieser Bezirke zugute, sondern in gleicher Weise auch der städtischen Bevölkerung, insbesondere der Landeshauptstadt Graz. Die Ost- und Untersteiermark war ja die Kornkammer des ganzen Landes und wir wollen zusehen, daß dieses Stück Erde aus einem Elends- und Zuschußgebiet bald wieder ein blühendes Überschußgebiet wird. Ich werde auch nicht versäumen, bei der Bundesregierung geeignete Schritte zu unternehmen, um die für viele Gemeinden des Unterlandes so lebenswichtige Frage des Doppelbesitzes an der jugoslawischen Grenze einer Regelung zuzuführen, wie sie vor 1938 bestanden hat.

Mein nächstes Wort gilt der Arbeiter- und Angestelltenschaft. Sie und überhaupt der kleine Mann der Stadt mag über die Tatsache, daß ein Bauer an die Spitze des Landes tritt, vielleicht etwas überrascht gewesen sein und Bedenken hegen, wie es denn nun mit der sozialen Entwicklung und dem sozialen Fortschritt aussehen wird. Nun ich glaube, die Arbeiterschaft, die zu einem großen Teil im sozialistischen Lager steht, durch die Tätigkeit meiner Regierung bald davon überzeugen zu können, daß ihre Bedenken unbegründet sind. Ich möchte in diesem Zusammenhange der Parteileitung der SPÖ. meinen Dank dafür aussprechen, daß sie uns

in der Landesregierung Mitarbeiter zur Verfügung stellt, von denen wir glauben, daß sie auf wirtschaftlichem Gebiete leidenschaftslos und mit aller Energie mit uns zusammenarbeiten werden. Insbesondere freue ich mich, in Herrn Landeshauptmannstellvertreter M a c h o i d einen Mann zu besitzen, auf dessen Rat ich gerne hören will.

Für eines der vordringlichsten und wichtigsten wirtschaftlichen Probleme halte ich die Sicherung des Arbeitsplatzes. Wenn es uns gelingt, eine größere Arbeitslosigkeit zu bannen, ist für die Arbeiter- und Angestelltenschaft sehr viel erreicht worden. Wir werden selbstverständlich auch dem Wiederaufbau des Sozialversicherungswesens nach altem österreichischen Muster unsere vollste Aufmerksamkeit schenken. Ich muß aber auch darauf hinweisen, daß alle Leistungen sozialer Natur letzten Endes aus der Wirtschaft unseres Landes kommen müssen. Die Höhe dieser Leistungen ist abhängig von unserer Wirtschaftskraft. Diese Tatsache ist zwar sonnenklar, sie wird aber doch in der Hitze des Gefechtes manchmal übersehen. Ich überblicke meine Aufgabe in einer vernünftigen, realen Sozialpolitik, in der Herstellung möglichs gerechter Zustände. Dem Arbeiter gebührt der gerechte Lohn und er wird zufrieden sein, selbst dann, wenn er wenig hat und bescheiden leben muß. Es darf ihm nur kein Ärgernis geboten werden. Die Unternehmer dürfen nicht auf Kosten der Arbeiter ein Wohlleben führen, das in krassem Mißverhältnis zum Lebensstandard seiner Arbeiter steht. Wir sind ein sehr armes Volk geworden und werden es nicht zulassen können, daß einzelne ihre wirtschaftliche Macht dazu mißbrauchen, sich aus der allgemeinen Armut gar noch persönliche Vorteile zu sichern. Der Gewerkschaftsbund wird meine volle Unterstützung in der Erfüllung seiner außerordentlich wichtigen Funktionen finden. Ich wünsche nur, daß er satzungsgemäß ein unpolitisches Instrument der Arbeitnehmerschaft bleibt.

Den Kriegsbeschädigten der beiden Weltkriege wird meine besondere Obsorge gelten. Sie haben Anspruch nicht auf Mitleid und Almosen, sondern auf die Liebe der Heimat. Wir wollen sie, soweit dies nur irgendwie möglich ist, als vollwertige Arbeitskräfte bevorzugt in den Wirtschaftsprozeß eingliedern und alle hierzu geeigneten Maßnahmen ergreifen.

Nun ein Wort an die Wirtschaftskreise der Industrie und des Handels, des Gewerbes und der freien Berufe. Im Landtag und in der Landesregierung hat die ÖVP. die Mehrheit. Ihr Programm ist auf die Wiedererlangung der freien Wirtschaft, die der Privatinitiative weiten Spielraum gibt, abgestellt. Der Übergang zur freien Wirtschaft wird aber nur langsam und stufenweise vor sich gehen. Die zu überwindenden Schwierigkeiten sind uns allen ja nur zu wohl bekannt. Die Wirtschaft braucht in erster Linie Frieden nach innen und Frieden nach außen. Sie braucht Ordnung, Ruhe und Sicherheit und dafür wollen wir, soweit dies in unserer

Kraft steht, sorgen. Meine Hauptsorge wird der Wiedereingasetzung unserer steirischen Eisenindustrie gelten. Steiermark ist ein Land des Eisens. Ich will alle Kraft daran setzen, daß unser Erzberg nicht nur den Rohstoff Eisen gibt, sondern daß unsere Industrie dieses Eisen zu einem guten Teile auch im Lande selbst verarbeitet. (Beifall!) Unsere obersteirischen Werke dürfen nicht stillgelegt werden, sondern müssen im Dienste des Friedens und im Dienste des Staates zu neuem blühendem Leben gebracht werden. Die Unternehmerschaft aber fordere ich auf, Initiative, Erfindergeist und Organisationstalent, Energie und Wendigkeit an den Tag zu legen. Ich verspreche dafür, mit dem starren Formalismus und den bürokratischen Hemmungen ernsthaft Schluß zu machen. Wir brauchen Schwung, junges Blut, Mut und ein starkes Vertrauen auf unsere eigene Kraft und auf die Zukunft. Den „kleinen Mann“ in der Wirtschaft, die kleinen Gewerbetreibenden, die Kaufleute, die wollen wir in Schutz nehmen, daß sie von den Großen nicht verspeist werden. Wir wissen ein unabhängiges und berufsstolzes Kleinbürgertum zu schätzen. Unser alter Lueger soll hier unser leuchtendes Vorbild sein.

Dem Ausbau des Genossenschaftswesens, und zwar sowohl auf der bäuerlichen und gewerblichen Seite, wie der Verbrauchergenossenschaften wollen wir gleichfalls ein besonderes Augenmerk zuwenden, wobei wir wünschen, daß sich der Handel in diese kommende Entwicklung positiv einschaltet.

Nun zu den Heimkehrern, unseren Soldaten und der Jugend unseres Landes.

An euch hat der Nationalsozialismus das größte Verbrechen begangen. Er hat eure natürlichen Idealismus, eure Begeisterungsfähigkeit und die männliche Tugend der Tapferkeit, die uns Steirern als uraltes Erbe im Blute liegt, schändlich mißbraucht. Heute seid ihr leergebrannt. Euer Hirn und eure Herzen wurden vollgepropt mit dem nazistischen Gedankengut und etwas anderes habt ihr kaum kennen gelernt. Die Ideale der Demokratie, des Christentums, der Menschenwürde und Freiheit wurden mit Hohn und Spott übergossen und viele von euch können heute noch kein richtiges Vertrauen zu diesen von uns hochgeachteten Grundsätzen fassen, um derentwillen so viele der Besten unendliches Leid, Tod, Kerker, Konzentrationslager oder den Verlust ihrer Existenz hinnehmen mußten.

Mit dem wirtschaftlichen Trümmerhaufen werden wir, so Gott will, fertig werden. Der geistige und sittliche Trümmerhaufen aber, den dieses Regime uns hinterlassen hat, der macht mir große Sorge und den meisten Kummer. Auf diesem Gebiet liegt unsere größte und verantwortungsvollste Aufgabe. All unsere Mühe und Plage, unser Land wirtschaftlich und sozial wieder hochzubringen, wäre letzten Endes ein Schlag ins Wasser, wenn es uns nicht gelingt, die österreichische Jugend, die österreichischen Heimkehrer auf die rechte Bahn zu bringen. Denn diese Jugend und diese Heimkehrer sind es,

die in wenigen Jahren unsere Fahne weitertragen werden, denen wir das Schicksal unseres Landes anvertrauen müssen.

Hier haben unsere Schulen, unsere gesamte Erzieherchaft, die Eltern und die Arbeitgeber eine nicht ernst genug zu nehmende Aufgabe zu meistern. Vielleicht erege ich hier einigen Widerspruch, aber ich und meine Parteifreunde stehen auf dem unverrückbaren Standpunkt, daß diese Erziehungsarbeit nach sittlich-religiösen Grundsätzen zu erfolgen hat, genau so wie wir auf dem Standpunkt stehen, daß unser Land nach christlichen Grundsätzen regiert werden muß. In diesem Punkte kennen wir keine Kompromisse. Wir befinden uns hier in guter Gesellschaft. Der Führer der englischen Arbeiterpartei Premierminister Attlee erklärte anlässlich seines Besuches bei Präsident Truman über die Atombombenfrage, daß die Welt nach christlichen Grundsätzen regiert werden müsse, wenn sie nicht zugrunde gehen soll. Praktisch wollen wir damit beginnen, unsere Heimkehrer und die Jugend in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Dabei wollen wir ihnen klar machen: zuerst Aufbauarbeit, dann Berufsarbeit. Wenn wir unseren Heimkehrern und Jugendlichen die zwingende Notwendigkeit dieses Satzes, der heute in den Spalten unserer Presse immer wiederkehrt, klar zu machen vermögen, ist bereits vieles gewonnen. Und dringende Aufbauarbeit gibt es wohl in tausenden zerstörten landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben. Es handelt sich nur um den guten Willen, anzupacken und keine Arbeit zu scheuen.

Und nun einige grundsätzliche Fragen der engeren Landesregierung. Wir wollen in erster Linie mit der Bundesregierung in Wien den engsten Kontakt halten und entbieten ihr in dieser Stunde unseren Gruß. Wir wollen ihre Autorität und ihr Ansehen im Lande Steiermark festigen und stützen, wo wir nur können. Auch unsererseits wollen wir die Britische Militärregierung bitten, bei der englischen Regierung alles daran zu setzen, daß die für unseren kleinen Staat unhaltbaren und unglückseligen Demarkationslinien verschwinden. Wir nehmen in diesem Zusammenhange dankbar und mit Befriedigung zur Kenntnis, daß es gerade England war, das die Initiative bei den Alliierten zur Verminderung der Besatzungstruppen ergriffen hat. Wir wenden uns vor allem an die in unserem Lande befindlichen englischen Journalisten, der britischen und der Weltöffentlichkeit vor Augen zu führen, was die heutige Stärke der Besatzungsmächte in dem kleinen Boot Österreich bedeutet.

Meine Stellungnahme zur Beamtenfrage ist eindeutig. Ich bin mir klar darüber, daß ein Landeshauptmann und seine Regierung nur dann erfolgreich arbeiten können, wenn ihnen eine Beamtenschaft zur Verfügung steht, die mit Hingabe und Eifer, mit Umsicht und Energie ihre Pflicht und mehr als das erfüllt.

Ich muß nun mit Bedauern feststellen, daß ein Teil der Beamten- und Lehrerschaft, die doch die

berufenen Führer des Volkes und seine Auslese stellen sollte, in der Vergangenheit in ihrer Hauptaufgabe, Österreich, und nur Österreich, zu dienen, versagt hat. Sie sind Irrwege gegangen, die zu dem furchtbaren Drama führen mußten. Jene Beamten, Lehrer und Akademiker aber, sowohl aus dem sozialistischen als aus dem Lager der ÖVP., die stets treu zu Österreich und zur Sache des Landes, haben dafür schwer büßen müssen. Sie haben ihre Existenz verloren oder wurden ständig zurückgesetzt. Diesen Beamten und Lehrern will ich zu ihrem Recht verhelfen. Auf diese Akademiker werde ich mich stützen, weil ich zu ihnen Vertrauen habe. Ihre Treue soll selbstverständlich Würdigung finden, ihnen soll eine Wiedergutmachung zuteil werden.

Dagegen werde ich auf alle Beamte, die während des Naziregimes eine größere Rolle spielten und teilweise auch heute noch, wenn auch irgendwie parteipolitisch gebunden, auf ihrem Posten sind, ein sehr wachsaues Auge haben. Mich interessieren hier in erster Linie die Schlüsselstellungen im Staat, Land und in der Wirtschaft. Sie werden allmählich nach Notwendigkeit und Bedarf durch Männer besetzt werden, auf die wir uns auch in schlimmen Tagen verlassen können. Das ist mein unverrückbarer Entschluß. Ich verschweige es nicht, daß ich heute auch die Dolmetscherposten bei der Britischen Militärregierung als solche Schlüsselstellungen ansehe und glaube, mich nicht in fremde Angelegenheiten zu mischen, wenn ich die Militärregierung bitte, hier mir ihre Unterstützung zu leihen. Politik wird in Österreich nur von den gewählten Volksvertretern gemacht. (Beifall!)

Ich verlange Gerechtigkeit für die Nationalsozialisten. Haß- und Rachepolitik lehne ich ab. Unser Volk, das leider zu keinem geringen Teil dem Nazismus zum Opfer fiel, braucht Ruhe und Frieden und wünscht nicht, daß zahlreiche Familien ständig in Angst und Sorge schweben. Aber diese Gerechtigkeit verlangt von uns, daß wir die großen Nazis, mögen sie nun illegal gewesen sein oder nicht, nicht besser behandeln, wie viele kleine Nazi und Mitläufer, die heute auf der Straße schaufeln gehen, während ihre geistigen Verführer, dank ihrer Beziehungen und angeblichen oder auch tatsächlichen Unentbehrlichkeit, hohe Posten bekleiden. Alle übrigen aber, soweit sie nicht ihre Parteizugehörigkeit mißbraucht haben, wollen wir in Ruhe lassen und lieber dafür sorgen, daß sie nützliche Mitglieder unseres Staates werden und wir auch langsam ihre Herzen gewinnen. Wir wollen sie Österreich wieder lieben lehren.

An die Beamtenschaft des Landes aber richte ich den dringenden Appell zur Mitarbeit. Ich glaube, nach all den bitteren Erfahrungen den heiligen Willen voraussetzen zu können, alles aufzuwenden, daß das wiedererstandene Österreich einer besseren Zukunft entgegengeht.

Ich selbst möchte schließlich noch erwähnen, daß ich die früher üblich gewesene Etikette, die um den Landeshauptmann gemacht wurde, nicht

wünsche. Schon mein Vorgänger Herr Machold hat weitgehend das Zeremonielle abgebaut. Mir als Bauer liegt das schon gar nicht. Ich liebe Schlichtheit, Offenheit und Ehrlichkeit.

Kritik an der Amtsführung der Regierung ist mir erwünscht. Ich möchte diese demokratische Kontrolle niemals missen. Ich habe nur die herzliche Bitte, daß sie sachlich bleibt und auf Tatsachen beruht.

Nun, meine Frauen und Herren, bitte ich sie als neugewählter Landeshauptmann um ihre Mitarbeit und Unterstützung. Unsern Herrgott aber wollen wir in dieser Stunde bitten, daß er unser Beginnen und unsere Arbeit segne, zum Wohle unserer steirischen Heimat und unseres lieben Österreich!

**Präsident:** Für die sozialistische Fraktion hat sich zu einer Erklärung zum Worte gemeldet Herr Landtagsabgeordneter Bürgermeister Dr. Speck. Ich erteile ihm das Wort.

**Bürgermeister Dr. Speck:** Im Namen der Sozialistischen Fraktion des Steiermärkischen Landtages habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Im Jahre 1930 ist der letzte Steirische Landtag in freien, demokratischen Wahlen gewählt worden. Im Jahre 1934 wurde er aufgelöst und alle Verfassungsrechte der Staatsbürger in Österreich wurden beseitigt. Eine pflichtvergessene Regierung hat die letzten gewählten Vertreter des Landes ihrer Rechte beraubt, hat die damalige Landesregierung auseinandergejagt, hat in der Folge die Arbeiterorganisationen zerschlagen, sie ihres Vermögens beraubt und hat die sozialdemokratischen Abgeordneten aufs Schafott gebracht oder sie in Kerker und Anhaltelager geworfen.

Nach 11jähriger Unterbrechung haben wir nun wieder einen auf demokratischer Grundlage gewählten Landtag in Steiermark versammelt. Die Abkehr von der Demokratie, das Spiel mit dem Gewaltregime der Diktatur hat für unser Volk und Land die unheilvollsten Folgen gezeitigt.

Ein bitterer Leidensweg war es, den das steirische Volk seither beschreiten mußte. Nach dem wegbereitenden undemokratischen Dollfuß—Schuschnigg—System kam der nationalsozialistische Überfall auf Österreich, es kam der von den Nationalsozialisten von langer Hand vorbereitete Krieg, es kam die Besetzung durch die siegreichen Truppen der vereinten Nationen. Vom Mai bis jetzt hat eine provisorische Landesregierung unter Führung eines sozialdemokratischen Landeshauptmannes an einer für Volk und Land an Schwierigkeiten nicht zu überbietenden Lage alles getan, um zu helfen und das Schlimmste hintanzuhalten.

Die nun abgeschlossenen Wahlen machen dieses Provisorium überflüssig und ermöglichen eine ordnungsgemäße demokratische Regierung und einen auf demokratischer Grundlage tätigen Landtag. Heute wurde von diesem neuen Landtag ein Landeshauptmann gewählt. Er gehört der bürgerlichen Österreichischen Volkspartei an. Die Wahlen haben dieser Partei eine kleine, jedoch keineswegs tragende Mehrheit im Lande verschafft. Als einzige bürgerlich-

bäuerliche Partei hat die Österreichische Volkspartei bei diesen Wahlen so günstige Chancen gehabt, wie sie nie zuvor eine bürgerliche Partei hatte. Wir sind überzeugt, daß es sich bei dieser Wahl, bei der viele Tausende von Wählern nicht mitwählen konnten, um keine definitive politische Entscheidung handelt, sondern daß diese Entscheidung in absehbarer Zeit kommen und zu Gunsten der Sozialistischen Partei ausfallen wird. Die Not des Volkes und unsere Liebe zu Volk und Vaterland weisen uns keinen anderen Weg als den der Zusammenarbeit. Weite Gegenden in unserer Steiermark wurden vom Kriege verwüstet, Städte und Märkte sind von Bomben getroffen, überall herrscht Not und es muß alles, was guten Willens ist, zusammenarbeiten, um Volk und Land wieder lebensfähig zu machen. Die zerbombten Städte müssen wieder aufgebaut, die verwüsteten Fluren instandgebracht, die ihrer Betriebsmittel entblößten Fabriken, Betriebe und Werkstätten leistungsfähig gemacht werden. Nur wenn alle zusammenarbeiten, können wir diese schweren Aufgaben erfüllen. Der Landeshauptmann, den die Österreichische Volkspartei präsentiert, gehört dem Bauernstande an und ist bekannt als Demokrat. Wir vertrauen ihm und sind überzeugt, daß er nicht vom Wege der Verfassung abweichen wird. Nicht ebenso aber sind wir überzeugt, daß auch alle anderen maßgebenden Funktionäre der Österreichischen Volkspartei dasselbe Vertrauen verdienen. Es sind unter ihnen schon jetzt — also unmittelbar nach Beendigung des Krieges — Männer am Werke, die bei Beseitigung der Verfassung im Jahre 1934 auch dabei gewesen sind. Sollten sie sich mit ihren undemokratischen Auffassungen irgendwie durchzusetzen versuchen, so würde es für uns selbstverständlich keinen Moment des Zögerns geben, wir würden nicht nur unsere Mitarbeit einstellen, sondern mit allen unseren Kräften eine Wiederholung der Vorgänge der Vergangenheit verhindern.

Als die wichtigste und dringendste Aufgabe erblicken wir derzeit die Sicherung und Ernährung des steirischen Volkes. Krieg und Faschismus haben auch in den bäuerlichen Gegenden unseres Landes schweren Schaden angerichtet. Aber trotzdem müssen die Bauern erkennen, daß sie mit den notleidenden Städten und Industriegemeinden aufs innigste verbunden sind. Es muß daher alles unternommen werden, um die Produktion auf dem Lande zu fördern und die Bauern müssen alles, was sie nicht für sich selbst benötigen, der Industrie- und Stadtbevölkerung im Wege der staatlichen Aufbringungsstellen zur Verfügung stellen.

Unsere Industrie ist durch die Kriegereignisse, aber auch durch die Vorgänge in der Nachkriegszeit schwer angeschlagen. Es muß eine großzügige Industriepolitik und eine vorsorgliche Planwirtschaft einsetzen. Mit allen Mitteln muß die industrielle Neuentwicklung gefördert werden und wir dürfen uns dabei nicht allein auf die Hilfe des Bundes verlassen. Gewiß wird die Überleitung auf die Höhe der Friedensproduktion nicht leicht sein, aber diese Umstellung und ein planmäßiger Wiederaufbau der

Wirtschaft unseres Landes muß erfolgen, weil davon das Wohl und Wehe unserer Bevölkerung abhängt.

Dringendst notwendig ist — und wir erblicken darin eine unserer weiteren Aufgaben — daß wir so rasch als möglich zum Bau von neuen Wohnungen kommen. Die Wohnungsnot ist außerordentlich groß und Tausende von Menschen leiden schwer darunter. Um eine einheitliche Lösung dieses schwierigen Problems zu ermöglichen, werden wir uns des Steirischen Wirtschaftsrates bedienen müssen, selbstverständlich auch des Landesbauamtes und der Stadtbauämter. Eine großzügige Planung und Lenkung aller Baustoffe ist unerlässlich. Wiederaufbau- und Siedlungspläne müssen entworfen werden, sie sind notwendig und dringlich.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß Bauern und Arbeiter als Stützen des Staates nicht gegeneinander arbeiten, sondern gemeinsam die zukünftige Entwicklung mitbestimmen sollen. Diese Einstellung bestimmt unsere Agrarpolitik. Wir stellen dabei derzeit voran die Behebung aller Kriegsschäden in der Landwirtschaft, den Ausbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Sicherung der Ernährung unserer Bevölkerung, die Einleitung umfassender Austauschaktionen zum Zwecke der Beschaffung der erforderlichen Zugtiere sowie auch den Ausbau der landwirtschaftlichen Produktionsmittel.

Wichtig für den Wiederaufbau ist natürlich auch das Gewerbe, das zu fördern ist, wo immer sich dazu Gelegenheit bietet. Der Nationalsozialismus ist bei seinem Entstehen mit großen Versprechungen als Gewerberetter aufgetreten. Wie allen anderen, so hat er auch die selbständig Erwerbenden belogen und betrogen und Zehntausende um ihre Existenz gebracht. Wir wollen dazu beitragen, daß sie sich wieder eine gesicherte Existenz erarbeiten können.

Nicht vergessen wollen wir bei dem notwendigen Aufbauprogramm die Schule. Viele Schulgebäude und Lehranstalten sind durch Kriegshandlungen zerstört oder beschädigt worden. Sie müssen wieder instandgesetzt werden. Unsere Jugend muß so erzogen werden, daß ihr Faschismus und Krieg verabscheuungswürdige Begriffe werden. Die geistige und moralische Wiederaufrichtung unserer Jugend durch Schule und Lehrer muß erreicht werden. Eine Pflicht erwächst uns auch in der Sorge um die Vorschulpflichtigen und Kleinkinder. Die Kindersterblichkeit ist erschütternd und gibt zu ernsthafter Sorge Anlaß. Was getan werden kann, um Säuglingsheime und Kindergärten zur Verfügung zu stellen, wird geschehen müssen. Ausspeisungsaktionen für Kleinkinder und Schüler sollen gefördert, Ferien- und Erholungsaktionen durchgeführt, der schulärztliche Dienst im großen Maßstabe aufgebaut werden.

Wie alle anderen Länder in Österreich ist auch das Land Steiermark finanziell völlig ausgeblutet, die Kaufkraft unseres Landes ist erschöpft und viele dringende Aufgaben werden infolge finanzieller Schwierigkeiten nicht erfüllt werden können. Der Landtag und die Landesregierung werden sich mit

dieser finanziellen Lage eingehend zu beschäftigen haben. Sie steht im schärfsten Gegensatz zu den riesigen Aufgaben des Wiederaufbaues, die auch riesige Geldmittel erfordern werden. Es muß uns gelingen, für diesen Zweck langfristige Anlehen aufzunehmen, damit nicht alle Lasten des Wiederaufbaues unserer Generation allein zufallen. Auslands- und Inlandsanleihen kommen dabei in Betracht.

Mit dem Lande sind durch den Faschismus und durch den Krieg auch die Gemeinden in schwere Unordnung gestürzt worden. Ihnen und insbesondere auch der Landeshauptstadt Graz muß der Landtag seine helfende Fürsorge zuwenden, denn die Wiedergenesung des gesamten Staatswesens hängt letzten Endes nicht allein von der Gesundung der Staats- und Landesfinanzen ab, sondern auch von der Gesundung der Gemeinden. Einer geordneten Gemeindefirtschaft muß die höchste Beachtung geschenkt werden. Die früher üblichen Methoden der schwindelhaften faschistischen Verwaltung müssen beseitigt werden, es muß auch in den Gemeindeverwaltungen wieder demokratischer Geist einziehen. Mit der Herbeiführung eines geordneten Gemeindehaushalts Hand in Hand wird die Wiedererrichtung demokratischer Bezirksvertretungen zu erfolgen haben. Diese haben sich bei uns im Lande bewährt, sie sind als Glied in der Kette des organisierten Staatsaufbaues notwendig und sollen sobald als möglich wieder ins Leben treten.

Was wir von der Landesverwaltung selbst erwarten, ist, daß die Reste des Faschismus ausgemerzt, daß der Verwaltungsapparat vereinfacht, daß eine sparsame Wirtschaft eingeführt, daß die Personalpolitik frei von jeder Protektion und Korruption jedem Tüchtigen und Fleißigen die Aufstiegsmöglichkeit eröffnet und daß kein Beamter, Angestellter oder Arbeiter einer Gewissensnötigung unterworfen wird. Auf keinen Fall werden wir es zulassen, daß — so wie es insbesondere in den Jahren 1934 bis 1938 der Fall war — bei Neuanstellungen, Besetzung der höheren Posten, Beförderungen usw. nicht die Verwendbarkeit, sondern nur die Mitgliedschaft als „C. V. er.“ maßgebend ist.

Die Not der Zeit macht es selbstverständlich, daß Land und Gemeinden für viele Arme und Kranke und auch für Arbeitsunfähige und Greise eine entsprechende Fürsorge werden walten lassen müssen, um diesen Armen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Die Sorge um die Rückführung unserer Heimkehrer, wie auch die Betreuung der Kriegspolter und der Opfer des Nazismus, ist uns ein Herzensbedürfnis. Wir wollen auch dafür sorgen, sie in den Wiederaufbau unseres Landes einzugliedern.

Nur einen ganz kleinen Teil der ungeheuren Aufgaben, die den neuen Landtag und die Landesregierung erwarten, habe ich mit dem Vorgebrachten aufgezählt. Um die Wunden des Krieges zu heilen und den Wohlstand des Volkes allmählich wieder zu heben, werden auf allen Gebieten Leistungen vollbracht, werden müssen, wie sie nie vorher nötig waren.

Wir sind fest überzeugt, daß diese Aufgaben gelöst werden können, aber nur dann gelöst werden können, wenn in selbstloser, gemeinsamer Arbeit unter Hintansetzung aller Parteivorteile an die Arbeit gegangen wird. Um aus Not und Elend wieder emporzusteigen, ist ein solches gemeinsames und selbstloses Wirken und Schaffen unerlässlich.

Die Sozialistische Partei Steiermarks ist hier im Landtag in der Minorität und wir könnten uns auf den Standpunkt stellen, daß die Majorität die Verantwortung für das Schicksal unseres Landes zu übernehmen hat. Getreu unserer Vergangenheit sind wir aber bereit, all unser Können und alle unsere Kräfte für den Wiederaufbau des Landes und für eine bessere Zukunft unseres Volkes einzusetzen, unter der Voraussetzung, daß Demokratie, Recht, Ordnung und Gesetzmäßigkeit im Staate erhalten bleiben und daß alle störenden faschistischen und undemokratischen Elemente ferngehalten werden. Nur so können sich die Menschen in Stadt und Land aus dem jetzigen Tiefstand wieder emporarbeiten zu einem freien Volk, nur so können sie wieder zu dem Stückchen Glück kommen, das jeder von uns zu erringen ein Recht hat. Die Sozialistische Fraktion des Steiermärkischen Landtages wird mit allen ihren Kräften zur Erringung dieses Zieles beitragen.

**Präsident:** Für die kommunistische Fraktion hat sich zu einer Erklärung zum Worte gemeldet Herr Abgeordneter Otto Fischer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Fischer:** Hohes Haus! Die Wähler haben in den gegenwärtigen Landtag nur zwei kommunistische Abgeordnete entsendet. Sie haben damit klar ihren Willen bekundet, die Führung der Verwaltung des Landes Steiermark in die Hände der beiden anderen Parteien zu legen. Es ist somit die Sache dieser Parteien, den Auftrag der Wähler zu erfüllen.

Die Kommunistische Partei sieht ihre Aufgabe darin, durch positive Kritik, aber auch durch selbständige Mitarbeit, soweit dies in ihren Kräften liegt, an den entscheidenden Aufgaben mitzuwirken, die vor dem Landtag stehen.

Als solche entscheidende Aufgaben betrachtet die Kommunistische Partei:

1. Die Sicherung der Ernährung und Beheizung in den bevorstehenden schweren Wintermonaten.

2. Die Inangasetzung der Produktion, den beschleunigten Wiederaufbau und die Sicherung des Volksvermögens. In diesem Zusammenhang die weitestgehende Förderung der Verstaatlichung der steirischen Großindustrie, der Kohlengruben und der Energiewirtschaft, sowie die Förderung einer demokratischen Bodenreform.

3. Die Säuberung des Staatsapparates, der öffentlichen Körperschaften und der Wirtschaft von allen faschistischen und reaktionären Elementen, welche die genannten Aufgaben sabotieren. Die Entfernung und Auslieferung aller jener Elemente, die in den Nachbarländern mit den deutschen Okkupanten zusammengearbeitet haben, nunmehr Zuflucht in Österreich suchen, die öffentliche Sicherheit gefähr-

den, gegen ihre Heimatländer konspirieren und damit die freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern stören.

Der Kampf zur Säuberung des Landes Steiermark von den Nazi darf in keiner Weise so geführt werden, daß die kleinen Mitläufer schwer getroffen und die eigentlich Schuldigen verschont werden.

4. Die Förderung der demokratischen Zusammenarbeit aller Parteien, Organisationen und Bevölkerungskreise im Interesse eines freien, unabhängigen und demokratischen Österreich.

**Präsident:** Ich schreite nunmehr zu Punkt 4 der Tagesordnung:

#### Wahl der Ausschüsse des Landtages.

Im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz schlage ich vor, folgende Ausschüsse zu bestellen:

- einen Finanzausschuß,
- einen Gemeinde- und Verfassungsausschuß,
- einen Volksbildungsausschuß,
- einen Landeskulturausschuß,
- einen Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß,
- einen Wiederaufbauausschuß,
- einen Fürsorgeausschuß.

Im Sinne der Obmännerkonferenz schlage ich vor, in diese Ausschüsse zu entsenden: je neun Mitglieder in den Finanz- und in den Gemeinde- und Verfassungsausschuß, je 7 Mitglieder in die übrigen obgenannten Ausschüsse. Für jedes Mitglied soll auch ein Ersatzmann bestellt werden.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlage zustimmen, eine Hand zu erheben, (Geschicht !)

Der Antrag ist angenommen.

Gemäß § 15, Absatz 1, der Geschäftsordnung hat die Bestellung der Ausschußmitglieder und deren Ersatzmänner nach dem Verhältniswahlrecht zu erfolgen. Es entfallen demnach von den 9 Mitgliedern des Finanz- und des Gemeinde- und Verfassungsausschusses je 5 Mitglieder auf die ÖVP, je 4 Mitglieder auf die SPÖ.

Von den 7 Mitgliedern der übrigen Ausschüsse entfallen je 4 Mitglieder auf die ÖVP, und je 3 Mitglieder auf die SPÖ.

Wird gegen diese Feststellung ein Einwand erhoben? Es ist dies nicht der Fall.

Auf Grund einer von der Obmännerkonferenz einmütig getroffenen Entscheidung wird beantragt, zu den 9 Mitgliedern des Finanz-Ausschusses einen Vertreter der kommunistischen Partei zu wählen, der das Recht hat, mit beratender Stimme an den Sitzungen dieses Ausschusses teilzunehmen.

Es sind mir folgende schriftlichen Vorschläge der Parteien überreicht worden:

In den Finanz-Ausschuß werden als Mitglieder entsendet von der ÖVP.:

Holik Adolf  
Resch Georg  
Smolana Alfred  
Wabnegg Hans  
Egger Josef.

Ersatzmänner:

Möstl Josef  
Wallner Josef  
Laufenstein Hans  
Pregetter Karl  
Jandl Johann.

Von der SPÖ als Mitglieder:

Stockbauer Franz  
Hofmann Friedrich  
Operschal Karl  
Dr. Speck Eduard.

Als Ersatzmänner:

Esterl Siegfried  
Gigerl Johann  
Matzner Maria  
Plaimauer Stefan.

Von der Kommunistischen Partei:

Fischer Otto.

Für den Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß werden vorgeschlagen:

Von der ÖVP als Mitglieder:

Kofler Hugo  
Witrisal Alois  
Möstl Josef  
Kaplan Martin  
Dr. Dienstleder Alois.

Als Ersatzmänner:

Holik Adolf  
Wabnegg Hans  
Resch Georg  
Vollmann Hans  
Pregetter Karl.

Von der SPÖ als Mitglieder:

Rosenwirth Alois  
Aman Hans  
Esterl Siegfried  
Komatz Viktor.

Als Ersatzmänner:

Hofmann Friedrich  
Operschal Karl  
Plaimauer Stefan  
Wlasto Albert.

Für den Volksbildungsausschuß werden vorgeschlagen als Mitglieder seitens der ÖVP:

Dr. Dienstleder Alois  
Prabl Leopold  
Wolf Sophie  
Smolana Alfred.

Als Ersatzmänner:

Möstl Josef  
Vollmann Hans  
Witrisal Alois  
Duß Viktor.

Von der SPÖ als Mitglieder :

Matzner Maria  
Dr. Speck Eduard  
Wlasto Albert.

Als Ersatzmänner :

Lackner Hermann  
Lendl Hella  
Schupfer Bernhard.

Für den Landeskulturausschuß werden vorgeschlagen :

Von der ÖVP als Mitglieder :

Praßl Leopold  
Pregetter Karl  
Wallner Josef  
Egger Josef.

Ersatzmänner :

Resch Georg  
Ponsold Balthasar  
Möstl Josef  
Vollmann Hans.

Von der SPÖ als Mitglieder :

Operschall Karl  
Hofmann Friedrich  
Schupfer Bernhard.

Ersatzmänner :

Aman Hans  
Esterl Siegfried  
Lackner Hermann.

Für den Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß werden vorgeschlagen :

Von der ÖVP als Mitglieder :

Holik Adolf  
Laufenstein Hans  
Vollmann Hans  
Thaller Adolf.

Ersatzmänner :

Resch Georg  
Witrisal Alois  
Wabnegg Hans  
Kofler Hugo.

Von der SPÖ. als Mitglieder :

Wurm Fritz  
Hofmann Friedrich  
Plaimauer Stefan.

Ersatzmänner :

Komatz Viktor  
Rosenwirth Alois  
Schupfer Bernhard.

Für den Fürsorgeausschuß werden vorgeschlagen:

Von der ÖVP. als Mitglieder :

Vollmann Hans  
Dr. Dienstleder Alois  
Wolf Sophie  
Ponsold Balthasar.

Ersatzmänner :

Praßl Leopold  
Kaplan Martin  
Duß Viktor  
Jandl Johann.

Von der SPÖ. als Mitglieder :

Matzner Maria  
Gigerl Johann  
Lendl Hella.

Ersatzmänner :

Hofmann Friedrich  
Schabes Karl  
Wurm Fritz.

Für den Wiederaufbauausschuß werden vorgeschlagen:

Von der ÖVP. als Mitglieder :

Praßl Leopold  
Thaller Adolf  
Ing. Udier Tobias  
Pregetter Karl.

Ersatzmänner :

Smolana Alfred  
Duß Viktor  
Möstl Josef  
Resch Georg.

Von der SPÖ. als Mitglieder :

Lackner Hermann  
Schabes Karl  
Wurm Fritz.

Ersatzmänner :

Plaimauer Stefan  
Rosenwirth Alois  
Dr. Speck Eduard.

Wenn kein Einspruch erhoben wird, werde ich über sämtliche Wahlvorschläge unter einem abstimmen lassen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Ich danke, die Anträge sind somit angenommen

Ich kann es mir ersparen, noch einmal die angenommenen Anträge zur Verlesung zu bringen und noch einmal alle Mitglieder bekanntzugeben. Sie haben ohnehin alle die Vorschläge gehört. Ich bitte nun, daß sich die einzelnen Ausschüsse zeitgerecht konstituieren und zur Wahl der Obmänner, der Obmann-Stellvertreter und der Schriftführer schreiten. Die erfolgte Konstituierung ist dem Präsidium des Steiermärkischen Landtages unter Nennung der Namen der Obmänner, der Obmann-Stellvertreter und der Schriftführer schriftlich bekanntzugeben.

Wir kommen zum Schlusse der heutigen Tagesordnung. Ich will Gelegenheit nehmen, nachdem wir uns vor Jahresschluß nicht mehr versammeln werden, allen Mitgliedern des Hohen Hauses, insbesondere auch den Vertretern der britischen Militärregierung ein recht frohes, gesegnetes Neujahr zu wünschen.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen und gebe bekannt, daß das Stattfinden und die Tagesordnung der nächsten Sitzung auf schriftlichem Wege zur Kenntnis gebracht werden.

(Schluß der Sitzung um 21 Uhr.)